

SEIT
1946

07/2020

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, ÖZ 1420-40222 M, Nr. 07/2020

DEMOKRATIE UND WAHL(EN)

Wahlrecht für alle!

Julia Brandstätter / Gernot Trausmuth

Der Spalt

Zarah Weiss

**Die neoliberale Aushöhlung
der Demokratie**

Julian Kroyer

**Die Bildungsorganisation
der digitalen Zukunft**

Marcus Schober

EDITORIAL

Angesichts der Wiener Gemeinderatswahl im Oktober und der US-Präsidentschaftswahl im November 2020 stand jüngst erneut zur Debatte, welche Rolle Wahlen in einer Demokratie spielen und wie genau das Verhältnis dieser beiden Begriffe gefasst werden kann. Deshalb hat sich die Redaktion der ZUKUNFT entschlossen dem Thema *Demokratie und Wahl(en)* eine eigene Ausgabe zu widmen, in der es aus verschiedenen Perspektiven darum geht zu diskutieren, wie dieses Thema angesichts autoritärer und diktatorischer Herrschaftsformen angegangen werden kann. Denn ob in der Lokal- oder Globalpolitik, Wahlen stellen das Kernelement der Demokratie dar, weil sie das Unvorhergesehene und Kontingente nicht nur sichtbar machen, sondern tief in unseren politischen Systemen verankern.

Deshalb rekapitulieren **Julia Brandstätter und Gernot Trausmuth** mit ihrem einleitenden Beitrag die Entwicklung des (Frauen-)Wahlrechts in der Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung. Dabei steht deutlich vor Augen wie seit der Revolution von 1848 Stück für Stück ein Wandel des juristischen Feldes in Erinnerung gerufen werden muss, mit dem Arbeiter*innen sich mühsam – aber nicht ohne Erfolg – ihre demokratischen (Frauen-)Rechte erkämpfen mussten und konnten. Dabei wird auch deutlich, dass keine Partei auf eine so lange Geschichte des Kampfes für das Wahlrecht zurückblicken kann wie die Sozialdemokratie. Nicht zuletzt deshalb werden auch in der Gegenwart wieder Stimmen für eine Demokratisierung des Wahlrechts laut.

Wir wählen oder wir wählen nicht, aber wen oder was wählen wir eigentlich? Dieser Frage geht **Dario Wohlmuth** mit seinem Beitrag nach, indem er angesichts der repräsentativen Demokratie und ihren medialen Inszenierungen danach fragt, wie repräsentativ unsere Demokratie wirklich ist. Denn der *Spalt* zwischen *Repräsentation* und *Partizipation* ist so offensichtlich wie mehrfach diskutiert. Dabei betont der Autor – vor allem im Hinblick auf die Fraktion der Nichtwähler*innen –, dass Transparenz, Vertrauen und Soli-

darität nur durch eine breit angelegte politische Bildung hervorgerufen werden können. Ganz in diesem Sinne wird das Verhältnis von Demokratie und politischer Verantwortung ausgedeutet, um eine wirklich soziale und demokratische Öffentlichkeit in Aussicht zu stellen.

Der Wiener Gemeinderatswahl und dem Erfolg der Sozialdemokratie widmen sich dann gleich zwei Beiträge. **Peter Pröll** rekapituliert dabei die Ergebnisse und führt das neuartige ideologische Verhältnis von Sozialdemokratismus (SPÖ), Ökologismus (Die Grünen) und (Wirtschafts-)Liberalismus (Neos) vor Augen, um die jüngste Koalitionsentscheidung Michael Ludwigs und mithin der Wiener Landespartei zu diskutieren. Dass dieses Wahlergebnis uns indes nicht einfach zum Jubeln bringen sollte, betont dann **Benjamin Enzmann**, der angesichts der globalen Wirtschaftskrise hervorhebt, dass die Sozialdemokratie darauf achten muss, ihren eigenen Untergang abzuwenden, indem sie einer klar sozialistischen Politik den Vorzug gibt. Andernfalls, so Enzmann, droht schlicht die Auflösung und der Tod der historischen Mission der Sozialdemokratie.

Aus dieser Perspektive untersucht dann auch **Julian Kroyer** die neoliberale Aushöhlung der Demokratie und die zutiefst damit verbundene politische Entfremdung des Individuums. Kroyer versucht anhand verschiedener Theoriebildungen die Entdemokratisierung der kapitalistischen Demokratie durch den Neoliberalismus zu analysieren und beschreibt die daraus resultierende Entfremdungsdynamik politischer *Partizipation* sowie deren Folgen für den Menschen als (staatsbürgerliches) Subjekt. So steht angesichts des *Elends der Welt* (Bourdieu) auch vor Augen, dass jeglicher Wohlstand vergänglich ist, aber immer auch die Möglichkeit besteht, das uns beherrschende und zutiefst krisengebeutelte Wirtschaftssystem zu verändern.

In der vorliegenden Ausgabe 07/2020 finden sich darüber hinaus zwei Beiträge, die in bestem Sinne – und in all ihrer

Unterschiedlichkeit – die Vorzüge der Literatur demonstrieren: Die Erzählung *Der Spalt* von **Zarah Weiss** knüpft an Momente der phantastischen Literatur an, wenn sie eine urbane Gesellschaft mit dem sich ständig weitenden (sozialen) Abgrund konfrontiert, welcher der Realität keineswegs entbehrt. Ein Spalt, der auch in den anderen Beiträgen dieser Ausgabe mehrfach verhandelt wird. Auf poetische Weise bezieht Weiss sich auf das Schwerpunktthema und umreißt, unter Bezugnahme auf literaturgeschichtlich bewährte Muster der Dystopie, die realen Bedrohungen durch Entsolidarisierung und soziale Entropie.

Der Essay von **Thomas Ballhausen** analysiert dann den Graphic Novel-Klassiker *Alexander Nikopol* und schlägt eine ähnliche Richtung ein: Denn auch in Enki Bilals Trilogie sind die Themen der *Wahl(en)* und der *Demokratie* dominant, weshalb der Autor anhand dieses Comics die übergreifenden Verbindungen von Geschichte, Geschichten und Geschichtlichkeit herausarbeiten kann. So wird im Subtext eine Kritik an autokratischen und faschistischen Herrschaftsformen freigelegt. Beide Texte eint die Perspektive, den diskursiven wie auch emotionalen Erschöpfungsmomenten sowie dem angedrohten Verlust von Imagination – folglich auch von ZUKUNFT – etwas entgegenzuhalten.

Darüber hinaus hat sich die Redaktion entschlossen angesichts der COVID-19-Pandemie und des zweiten Lockdowns 2020 der Digitalisierungsfrage Raum zu geben. Denn **Marcus Schober**, Bildungssekretär der Wiener Bildungsakademie (wba), rekapituliert in seinem auch auf die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung Bezug nehmenden Beitrag, wie im Rahmen des ersten Lockdowns 2020 eine sozialdemokratische Bildungsinstitution sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen hat(te), da der gesamte analoge Betrieb sich medial und d. h. digital umstellen musste. Nicht zuletzt mit seinen Ausführungen wird deutlich, dass aus medialer Sicht die entscheidenden Maßnahmen im Bereich der digitalen Medien erst durch die Krise gesetzt wurden und wir uns alle auf dem Weg in eine digitale ZUKUNFT befinden.

Damit ergibt sich insgesamt ein sehr rundes Bild hinsichtlich des Verhältnisses von *Demokratie und Wahl(en)*, weil nicht nur anlassbezogen vor Augen steht, wie sehr unsere Gesellschaft(en) von einem Spalt der sozialen Ungleichheit im Sinne eines *digital divide* durchzogen sind, die der Gefahr entsprechen, dass sowohl Wahlen als auch Demokratie ausgehöhlt und delegitimiert werden. Dem stehen alle Beiträge dieser Ausgabe insofern entgegen, als sie durchgängig einen theoretischen Rahmen bieten, sich jeglicher Demokratiezerstörung und Wahlkritik entgegenzusetzen.

Danken möchten wir abschließend und erneut Manuel Gras, dem Organisator des *Red Carpet Art Award*, dessen Unterstützung immer dort sichtbar wird, wo Sie – vom Cover weg – unsere Bildstrecke vor Augen haben. Genießen Sie also die Kunstwerke von Andreas Nader, besuchen Sie das Atelier von Sophie Esslinger oder lassen Sie sich von Michèle Yves Pauty schockieren ...

Wir wünschen unseren Leser*innen, dass diese Ausgabe gerade angesichts aktueller politischer Konstellationen eine solide Diskussionsbasis darstellt, um das immer wieder zu erneuernde Verhältnis von *Demokratie und Wahl(en)* auszuloten. Versteht sich doch die ZUKUNFT vor allem als eine Diskussionszeitschrift, die den offenen Dialog befördern will, wofür alle unsere Beiträge stehen ... auch in diesem Sinne: Wählen Sie!

ALESSANDRO BARBERI

ist Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Wien und Magdeburg. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos online unter: barberi.red.

THOMAS BALLHAUSEN

lebt als Autor, Kulturwissenschaftler und Archivar in Wien und Salzburg. Er ist international als Herausgeber, Vortragender und Kurator tätig.

Inhalt



LEUNAM SARG, CORONA WARS – PART ONE

Bleistift auf Papier, 30 x 40 cm, 2020

AUS DER SAMMLUNG DES RED CARPET ART AWARD

6 Wahlrecht für alle!

VON JULIA BRANDSTÄTTER UND GERNOT TRAUSMUTH

10 Demokratie und politische Verantwortung

VON DARIO WOHLMUTH

16 Ludwig siegt bei seinem ersten Antreten

VON PETER PRÖLL

18 Wiener Gemeinderatswahl 2020 – (K)ein Grund zum Feiern?

VON BENJAMIN ENZMANN

20 Die neoliberale Aushöhlung der Demokratie und die politische Entfremdung des Individuums

VON JULIAN KROYER

24 Der Spalt

VON ZARAH WEISS

30 Zur Wählbarkeit des Künftigen

VON THOMAS BALLHAUSEN

34 RED CARPET ART AWARD

38 Die Bildungsorganisation der digitalen Zukunft angesichts der COVID-19-Krise

VON MARCUS SCHOBER

Wahlrecht für alle!

Keine Partei blickt auf eine so lange Geschichte des Kampfes für demokratische Rechte und das Wahlrecht zurück wie die Sozialdemokratie. Auch heute werden wieder Stimmen für eine Demokratisierung des Wahlrechts laut. **JULIA BRANDSTÄTTER** und **GERNOT TRAUSMUTH** betonen, dass die Geschichte der Wahlrechtskämpfe nicht nur Stoff für interessante historische Auseinandersetzungen bietet, sondern auch Anregungen und Lehren für die Kämpfe in unserer Zeit.

I. DAS STURMJAHR

Wir schreiben das Revolutionsjahr 1848. Student*innen und Arbeiter*innen forderten die Umwälzung der politischen Ordnung. Infolge von Lohnkürzungen der Erdarbeiter*innen kam es am 21. August 1848 zum ersten Frauenstreik, dem sich in weiterer Folge auch Männer anschlossen. Zwei Tage später wurde eine Demonstration von Arbeiter*innen im Prater niedergeschlagen. Spätestens nach den blutigen Ereignissen der „Praterschlacht“ war offensichtlich, dass sich das Bürgertum aufgrund seiner „tödlichen Angst vor der ‚Anarchie‘“ (Friedrich Engels) von der Revolution losgesagt hatte. Seine erste Maßnahme zur Eindämmung der Revolution war die Beschränkung des Wahlrechts und der Ausschluss der Arbeiter*innen von der neu zu schaffenden demokratischen Ordnung. Die Märtyrer der Revolution von 1848 – sowohl die „Märzgefallenen“, die großteils proletarischer Herkunft waren, als auch radikale Demokrat*innen aus dem Bürgertum wie ein Robert Blum, der sich aus Abscheu gegenüber der Mutlosigkeit der Liberalen dem Barrikadenkampf anschloss – waren in den Jahrzehnten der dunklen Reaktion im Habsburgerstaat Leuchttürme der sich langsam wieder aufrichtenden Arbeiter*innenbewegung. Ihre Ideale einer demokratischen Republik und „sozialen Demokratie“ waren die ersten Ansätze einer proletarischen Zukunftsvision.

Die Bürgerlichen sollten in den Jahrzehnten nach 1848 nie wieder eine progressive Rolle spielen. Sie hatten so viel Angst vor einer organisierten, politischen Arbeiter*innenbewegung, dass sie sich am Rockzipfel der Monarchie und ihrem Ordnungssystem festklammerten. Als eine Delegation des Arbeiter*innenbildungsvereins dem liberalen Innenminister Carl Giskra eine Petition für das allgemeine Wahlrecht über-

reichte, meinte dieser, in Österreich werde es „nie durchgeführt“. Alle Wahlrechtsreformen der bürgerlichen Parteien im späten 19. Jahrhundert waren beschränkt auf den „Mittelstand“, die „Fünf-Gulden-Männer“, deren Angst vor dem wirtschaftlichen Untergang mit reaktionärer, antisemitischer Propaganda geschürt wurde. Damit war von Anfang an klar, dass das allgemeine und gleiche Wahlrecht nur gegen den Liberalismus und alle bürgerlichen Kräfte durchzusetzen war. Der Liberalismus, der damals durchaus noch eine progressive Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich spielte, war nichts anderes als in Politik gefasster bürgerlicher „Klassenegoismus“ (Walter Göring).

Die Bürgerlichen verwehrten den Arbeiter*innen das Recht auf politische Mitbestimmung mit der Begründung, sie würden zu wenig Steuerleistung erbringen, seien überdies zu ungebildet und kulturell zu rückständig. *Die Neue Freie Presse* erkannte schon 1867, dass die aufstrebende Arbeiter*innenbewegung mit bloßer Staatsgewalt nicht mehr zu bändigen, vielmehr ein „nachdrückliches, befruchtendes Eingreifen in die Bewegung“ notwendig geworden sei. Die Sozialdemokratie sollte für die Interessen des Bürgertums eingespannt werden.

Die Arbeiter*innenbewegung blieb vom Wahlrecht ausgeschlossen; sie war gezwungen, den Weg der Selbsthilfe in Form von kämpferischen Gewerkschaftsvereinen, Unterstützungsvereinen (wie Krankenkassen) und Bildungsvereinen zu beschreiten. Starrsinnige Hoffnungen in den einen oder anderen liberalen Politiker, der die berechtigten Forderungen der Arbeiter*innenschaft aufgreifen würde, entpuppten sich stets als Illusion. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht blieb eine wichtige Forderung im sozialdemokratischen Programm; über ihren Zweck herrschte aber große Unklarheit.

II. AUFBAU EINER MASSENORGANISATION

Erst unter dem Einfluss des wissenschaftlichen Sozialismus, den Victor Adler Ende der 1880er Jahre in der österreichischen Arbeiter*innenbewegung mehrheitsfähig machte, konnte auch in dieser Frage politische Klarheit hergestellt werden. Tatsächlich handelte es sich um einen der zentralen Konfliktpunkte, der im Einigungsprozess zwischen der „radikalen“ und der „gemäßigten“ Strömung zu überwinden war.

„Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen“, lesen wir im Hainfelder Programm von 1888/89, strebt die Sozialdemokratie das „allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht“ an – aber nicht als Zweck an sich selbst, sondern bloß „als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation“. Der Aufbau der jungen Partei zu einer Massenorganisation konnte nur über die Organisation breiter Teile der Bevölkerung gelingen, die sich den Forderungen nach dem Achtstundentag, höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen anschließen würden.

Nach Hainfeld wurden in unzähligen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen breite Teile der arbeitenden Bevölkerung (Männer wie auch Frauen) in die Bewegung hineingerissen. Für den Aufbau einer starken, geeinten Arbeiter*innenpartei, in der alle Kräfte gebündelt werden konnten, bedurfte es einer allgemein geteilten Strategie und einer griffigen Losung, die in der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gefunden wurde. Schon Friedrich Engels erkannte im Kampf um das Wahlrecht das Potential zur Vereinigung der gesamten Arbeiter*innenklasse; die Sozialdemokratie, vor allem ihre Frauenbewegung, nahm diese Idee begeistert auf. Da bestimmte Gruppen des weiblichen Proletariats, Hausfrauen, Dienstmädchen und Heimarbeiterinnen, aufgrund ihrer Isolation im privaten Haushalt nur mit Müh und Not gewerkschaftlich zu organisieren waren, sah man im Wahlrechtskampf eine große Chance, die Arbeiter*innenbewegung aufzurichten. Genau darin lag die zentrale Bedeutung des Wahlrechtskampfes: Der Aufbau einer revolutionären Sozialdemokratie mit Massenverankerung, die instande sein würde, den Sozialismus zu erkämpfen.

Das entscheidende Mittel zur Durchsetzung dieser programmatischen Forderung war die Massenaktion, die sich von Demonstrationen bis hin zum Generalstreik erstrecken konnte. In den 1890er Jahren wurde dieser Kampf in großen öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen ausgetragen. Die Arbeiter*innenbewegung, die in den Jahren zuvor mit mehreren erfolgreichen Streiks und Organisierungskampag-

nen aufgefallen war, schloss sich dieser Wahlrechtsbewegung mit großem Enthusiasmus an.

III. MITTEL ODER ZWECK?

„Das Wahlrecht ist uns kein sozialdemokratisches Ziel, sondern nur ein Mittel im Emanzipationskampfe des Proletariats“, bekräftigte Adelheid Popp in ihrer Rede bei der ersten großen Arbeiter*innendemonstration in der Geschichte der österreichischen Wahlrechtsbewegung in der Penzinger Au. Die Sozialdemokratie zielte auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter*innenklasse, die in weiterer Folge das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigen sollte. Die „Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit“, wie es im Hainfelder Programm heißt, sollte durch den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes“ erfolgen. Die jungen Arbeiter*innen, die bei dieser Kundgebung Reden hielten, wurden politisch verfolgt und mussten sich vor Gericht verantworten.

Der Wahlrechtskampf zeitigte bald erste Erfolge, aber nur mit dem Rückenwind der russischen Revolution von 1905 konnte die Sozialdemokratie in Österreich das allgemeine Wahlrecht (zumindest für Männer) durchsetzen. Hätte sich die Sozialdemokratie allein auf die Spielregeln des damaligen politischen Systems beschränkt und hätte sie die Kräfteverhältnisse im Parlament und in der Regierung als gegeben hingenommen, hätte sie nie und nimmer diesen wichtigen Etappenerfolg landen können. Nur durch Massenmobilisierungen, riesige Demonstrationen und der Androhung des Generalstreiks, der einer Entscheidungsschlacht gleichgekommen wäre, war dieser Sieg möglich. Dass die Rücksichtnahme auf die parlamentarische Logik letztlich doch den Kurs der Sozialdemokratie in dieser Frage mitbestimmte, war ausschlaggebend dafür, dass die Frauen auf ihr Recht verzichten mussten und weitere 12 Jahre politisch rechtlos blieben. Die sozialdemokratische Frauenorganisation akzeptierte damals die Logik von Victor Adler, wonach das eigene Programm nicht von den objektiven Notwendigkeiten, sondern von den konkreten Kräfteverhältnissen im Parlament abhängig gemacht wurde, und verzichtete damit aus taktischen Überlegungen auf ihre eigenen Forderungen. Diese Form der „Realpolitik“, die mit der Ausbreitung des Reformismus in der Sozialdemokratie einherging, führte zu einer Aufschiebung des Kampfes für das Frauenwahlrecht und trug Adelheid Popp und ihren Genossinnen auf internationaler Ebene harsche Kritik ein.

Interessant ist die Auswirkung der einmal errungenen parlamentarischen Präsenz auf die Arbeit der Partei. Die Parteitagprotokolle sprechen Bände. Der Kampf um eine weitergehende Demokratisierung des Wahlrechts fristete bald ein bloßes Schattendasein. Zu groß war die Hoffnung auf die Umsetzung von Reformen im Parlament. Diese Strategie trug kaum Früchte und demobilisierte die Arbeiter*innenschaft. Rosa Luxemburg geht in ihrer Polemik mit Karl Kautsky rund um die Massenstreikdebatte in der SPD sehr ausführlich auf die Debatten in der österreichischen Partei ein und zitiert eine Reihe namhafter Genoss*innen (Winarsky, Pölzer u. a.), die Kritik übten und zu mehr Initiative mahnten.

Die revolutionäre Dynamik der großen Wahlrechtsbewegung von 1905/06 befeuerte aber erneut das aktive Element in der Arbeiter*innenbewegung. Die Sozialdemokratie war kein reiner Wahlverein, sondern schloss an den Wahlkampf unmittelbar weitere Massenmobilisierungen an, die den Druck auf die Regierung verstärken und die organisatorische Stärke der Bewegung festigen sollten. Das eigene Programm wurde bei großen Versammlungen noch einmal unterstrichen.

Mit dem internationalen Frauentag ab 1911 erhielt der Kampf um das Frauenwahlrecht eine neue Dynamik. Das eigentliche Ziel lag im Aufbau einer Massenorganisation, die die Arbeiter*innenschaft möglichst ganzheitlich umfassen sollte, sowie in einer hohen Mobilisierungsfähigkeit, auch über den Wahltag hinaus. Die Wahlen selbst waren ein Gradmesser für die Macht der eigenen politischen Präsenz.



Rosa Luxemburg
© Wikimedia Commons

IV. „DIE REVOLUTION BEFREIT DIE FRAUEN!“

Das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter war immer noch nicht greifbar, von einer Republik ganz zu schweigen. Erst mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie am Ende des Ersten Weltkriegs und dem damit verbundenen revolutionären Prozess wurden binnen weniger Tage Fakten geschaffen, die in den Jahrzehnten des aufopfernden Kampfes ferner Hoffnungsschimmer waren.

Wie von Rosa Luxemburg schon 1914 verkündet, konnte das Frauenwahlrecht, der Acht-Stunden-Tag und andere soziale Errungenschaften nur das Resultat des Klassenkampfes,

der proletarischen Kampfmethoden und Machtmittel, sein. Im Jännerstreik 1918, der Geburtsstunde der österreichischen Rätebewegung, erkämpften sich Arbeiter*innen erstmals das Recht auf Stimmabgabe und nahmen an den Wahlen in die Arbeiterräte teil. Im Herbst 1918 war es dann auch auf der Ebene der offiziellen staatlichen Vertretungskörper so weit. „Die Revolution befreit die Frauen“, titelte die Arbeiter-Zeitung am Tag nach der Ausrufung der Republik Deutschösterreich. „Was wohl noch eines jahrelangen Kampfes bedurft hätte, geschah nun plötzlich ohne Kampf, ohne Anstrengung, ohne dass ernstlich Widerstand geleistet wurde. Seit dem 12. November gibt es keine politisch rechtlosen Frauen mehr!“

Die Republik war Wirklichkeit geworden. Sie sollte den Boden bilden, auf dem die sozialistische Gesellschaft gedeihen würde. In ihrer ersten Parlamentsrede am 3. April 1919 formulierte Adelheid Popp die Erwartungshaltung an das Parlament folgendermaßen: „Die Bevölkerung erwartet von diesem Hause, dass [...] dem heutigen Gesetze über die Abschaffung des Adels in sehr rascher Folge die Gesetze folgen werden, die auch die Privilegien des Besitzes abschaffen [...], dass auch dem ein Ende gemacht wird, dass einzelnen Kasten oder einzelnen Menschen die Möglichkeit gelassen wird, durch Erwerben von Reichtümern durch anderer Hände Arbeit sich neue Machtpositionen zu schaffen und wenn nicht mehr durch den Adel, so durch das Geld, durch das Kapital über die Massen der Menschheit zu herrschen.“



Adelheid Popp
© Wikimedia Commons

Adelheid Pops erste Initiative war ein neues Gesetz zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Dienstmädchen, der „weißen Sklavinnen“. An diesem Beispiel lässt sich das damalige Verständnis sozialdemokratischer Politik illustrieren – ein Ineinandergreifen von parlamentarischer Arbeit und Mobilisierung der Betroffenen. Der Gesetzesentwurf der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde bei Massenversammlungen zur Diskussion gestellt. Mit dem großen Enthusiasmus dieser Versammlungen, denen man in der eigenen Presse große Aufmerksamkeit schenkte, ging man zurück ins Parlament und konnte genügend Druck für die längst fällige Reform aufbauen.

Es war dieser Druck der Masse, der die politischen Kräfteverhältnisse erstmals zugunsten der Arbeiter*innenbewegung

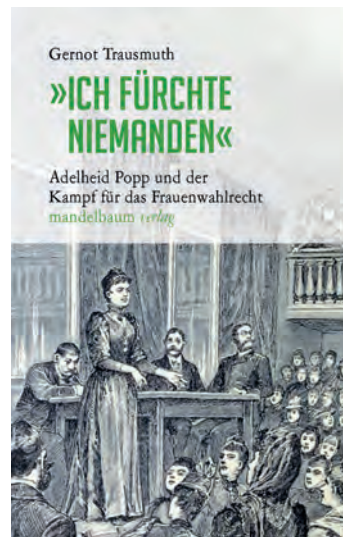
verschob. Die Idee einer wirklichen sozial(istisch)en Demokratie war plötzlich keine Vision einer fernen Zukunft mehr. Dass die Geschichte anders ausging, ist eine andere Sache, die wir hier nicht behandeln können.

V. WAHLRECHTSBEWEGUNG 2.0

Fest steht, dass 100 Jahre später die Sozialdemokratie erneut vor der Frage des Kampfes gegen den Ausschluss großer Teile der Bevölkerung vom Wahlrecht steht. Das äußerst restriktive Staatsbürgerschaftsrecht schließt in Wien über 30 Prozent der Wiener Bevölkerung vom Wahlgang aus. Zählt man die Nicht-Wähler*innen der letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen dazu, liegt die reale Wahlbeteiligung deutlich unter der 50 Prozent-Marke – vergleichbar mit der Situation vor der österreichischen Revolution 1918, als die weibliche Hälfte der Bevölkerung nicht wählen durfte.

Dieser Artikel ist ein Plädoyer für gesteigerte Anstrengungen im Wahlrechtskampf. Unser Leitspruch könnte der Ausspruch des steirischen Arbeiterführers Hans Resel sein: „Eine Wahlrechtsbewegung kann man nur dann einleiten, wenn man sie bis zum Äußersten durchzuführen entschlossen ist“. Eine Massenbewegung wie 1905/06 oder 1918 lässt sich nicht künstlich aus dem Boden stampfen, wenn die politische Situation einerseits und die Stimmung der Massen andererseits noch nicht reif sind. Aber man kann sich politisch auf eine Situation vorbereiten, in der es verstärkt zu Massenaktivität kommen wird.

Heute erleben wir die tiefgreifendste Zäsur seit hundert Jahren. Die Krisenerscheinungen und reaktionären Tendenzen unserer Zeit mögen ängstigen – aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Angst in Wut umschlägt. Gerade diese Anhäufung der Unzufriedenheit, die stetig steigenden Spannungen unter der Oberfläche der gesellschaftlichen Normalität, wird die Menschen politisieren. Der Wunsch, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, wird unter diesen Bedingungen früher oder später seinen Ausdruck finden. 🍷



GERNOT TRAUSMUTH

»ICH FÜRCHTE NIEMANDEN«

Adelheid Popp und der Kampf für das Frauenwahlrecht

Wien: Mandelbaum

304 Seiten | € 19,00

ISBN: 978385476-591-2

Erscheinungstermin: Februar 2019

JULIA BRANDSTÄTTER

ist Politikwissenschaftlerin, Mitarbeiterin im Waschsalon im Karl-Marx-Hof und aktiv in der SPÖ Ottakring.

GERNOT TRAUSMUTH

arbeitet im Kindergartenbereich, übersetzt und schreibt Bücher und ist in der SPÖ Donauefeld aktiv.

Demokratie & politische Verantwortung

Wir wählen oder wir wählen nicht, aber wen oder was wählen wir eigentlich? Wer sind die Personen, die uns alle repräsentieren? Welche Geisteshaltung verkörpern sie? Und können wir durch politische Bildung mehr Vertrauen – vor allem im Hinblick auf die Fraktion der Nichtwähler*innen – schaffen? **DARIO WOHLMUTH** untersucht das Verhältnis von Demokratie und politischer Verantwortung.

I. EINLEITUNG

Der November 2020 in den USA hat gezeigt, dass viele Menschen in den Vereinigten Staaten nach wie vor bereit sind, sich von egozentrischen Blender*innen und Populist*innen wie Donald Trump weiter führen zu lassen. Auch andernorts stellt sich die Frage, ob das Modell eines Jair Bolsonaro in Brasilien, eines Erdogan in der Türkei und viele andere aktuelle Erscheinungsbilder der Postdemokratie in dieser Form zukunftsfähig sein werden oder ob nicht vielleicht doch der Diskurs einer konsensbasierten Politik wiederaufleben wird. Es bedarf einer zukunftsfähigen neuen Form gesamtgesellschaftlich orientierter Politik, bei der sich die politischen Akteur*innen ernsthaft mit den Problemen und den Herausforderungen unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Schließlich wählen wir bei der Wahl unsere gesellschaftlichen Entscheidungsträger*innen und politischen Repräsentant*innen in der Erwartung, dass sie die erforderlichen, notwendigen und verantwortungreichen Handlungen auch kompetent umsetzen.

II. EIN MEDIALES THEATER UND BLENDENDEN FEUERWERK?

Derzeit ist vielerorts ein sich wiederholendes politisches Schema zu beobachten, wie der Diskurs über die US-Wahl zeigt. In der Debatte zwischen Donald Trump und dem Herausforderer Joe Biden fiel auf, dass Trump den Diskurs eigentlich gar nicht auf der sachbezogenen Ebene führen wollte. Seine Kommunikation läuft darauf hinaus, dass er immer wieder nur seinen persönlichen Standpunkt darstellt und sich gar nicht mit der Sichtweise anderer auseinandersetzen möchte.

Aber genau darin liegt das Wesen der Politik und die Aufgabe demokratischer Politiker*innen. Die politisch Handlungstreibenden einer Demokratie müssen sich mit Problemen und divergierenden Ansichtsweisen beschäftigen, um vernünftige und gesellschaftlich tragfähige Lösungen für die Menschen zu finden. Denn die Menschen haben gerade in dieser aktuellen Zeit schon genug Probleme, Ängste und Sorgen und dieses ständige, auch durch diverse Medien angeheizte Theater voller Inszenierungen macht die Bürger*innen politikverdrossen und politikmüde. Dabei ist diese Tendenz sehr gefährlich und ebenso anfällig für eine zunehmende Radikalisierung und Spaltung unserer Gesellschaft.

Es gehört daher zu einer politischen Grundhaltung und einem ethischen Anforderungsprofil, dass Politiker*innen die ihnen zugeschriebene Aufmerksamkeit eben nicht für die Erfüllung persönlicher Interessen missbrauchen. Wenn dies der Wunsch mancher politischer Akteur*innen ist, so gibt es hierfür zahlreiche andere Bühnen in Boulevardmagazinen und diversen (auch sehr unterhaltsamen) Showformaten. Selbstverständlich lebt auch die Politik heutzutage von Inszenierungen und Selbstdarstellungen, aber es ist wie mit einem kurzen Feuerwerk zu vergleichen, welches unsere Aufmerksamkeit weckt. Und dabei stellt sich die Frage: Nutzen Politiker*innen diese Aufmerksamkeit, um den Menschen zu helfen oder missbrauchen sie das Vertrauen, das ihnen gegeben wurde? Sollte nicht vermehrt gerade in der Politik darauf geachtet werden, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass die Menschen, mit denen wir unsere Zeit verbringen, gesund und sicher sind, anstatt ein andauerndes mediales Blendfeuerwerk zu veranstalten?

III. ZWISCHEN EGO UND GEMEINSCHAFT

Gerade in dieser schwierigen Zeit, in der wir im gesamten Jahr 2020 die COVID-19-Pandemie auch mit einem zweiten Lockdown überstehen müssen und die Menschen – weit über das normale Maß hinausgehend – ständig unter Druck und enormen Belastungen stehen, ist es die Aufgabe der Politik zu helfen, zu verbinden und Lösungen für die gesamte Gesellschaft zu suchen. Dazu gehört allerdings eine Haltung, die eine Selbstverständlichkeit sein sollte: denn es geht darum, sich selbst und sein Ego hintanzustellen und etwas für die Gemeinschaft zu tun. Genau das ist die Aufgabe von politischen Repräsentant*innen und „Volksvertreter*innen“. Bei uns in Österreich zeichnet sich zwar ein nicht ganz so drastisches Bild wie in anderen Ländern ab, aber wir sind auch nicht abgekoppelt vom Rest der Welt. Es sind auch bedenkliche Tendenzen zu beobachten, die eine politische Darstellungsform symbolisieren, welche nicht mit den Grundprinzipien eines demokratischen Selbstbildes vereinbar ist.

Vor allem dann nicht, wenn man ein öffentliches Amt *bekleidet* ... und ich wähle dieses Wort „bekleidet“ im Hinblick auf manche modischen Erscheinungsformen unserer Volksvertreter*innen, die auf Festivitäten des gehobenen Mittelstandes mit teuren Maßanzügen herumlaufen und sich so beispielhaft und durchaus die Frage stellt, wie weit sie – im Sinne der Volkssouveränität – noch einen Bezug zur eigenen Bevölkerung haben. Dabei müssen wir keine Gegner*innen von Maßanzügen sein, ich finde es sogar gut, wenn jemand Geschmack hat, aber ich würde sehr gerne diese politischen Handlungsträger*innen auch in anderen Bevölkerungsschichten präsent und aktiv mithelfen sehen und nicht nur bei jenen Eliten, zu denen sie anscheinend dazu gehören möchten. Es ist nämlich ein Unterschied, ob jemand den Wert der Arbeit seiner Mitmenschen kennt, und weiß, was es bedeutet, in den Schuhen anderer zu stecken. Außerdem wirft es die Frage nach der Qualität von Entscheidungen und der Einflussnahme gerade durch die im Umfeld von politischen Entscheidungsträger*innen stehenden Interessen auf. Dieser Wertekanon ist immer wieder erkennbar, wenn es um die politisch handelnden Akteur*innen geht. Dabei muss man sich auch die Frage stellen, ob Volksvertreter*innen nicht eher *bescheiden* auftreten sollten, solange auch nur eine Person in unserem Land Hunger leidet, in der Nacht friert oder kein Dach über dem Kopf hat.

IV. TRANSPARENZ, VERTRAUEN UND SOLIDARITÄT

In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie schon immer eine ihr zu Recht auch zugewiesene politische Rolle eingenommen und auf soziale und ökonomische Ungleichgewichte hingewiesen. Dabei reicht es aber nicht aus mit dem Finger auf andere zu zeigen und den Moralapostel zu spielen. Eigentlich müssten die von den anderen geforderten Haltungen auch selbst gelebt werden, um ein gutes und solides Vorbild für die gesamte Gesellschaft abzugeben. Genau das fehlt aber bei vielen Spitzenpolitiker*innen und (auch) in der SPÖ. Dies beginnt mit der eigenen Präsentation in der Öffentlichkeit, der Art und Weise, wie Politiker*innen bewusst wahrgenommen werden und es endet bei den Handlungen, die Entscheidungsträger*innen schlussendlich setzen. Demgemäß wäre es auch die Rolle und Funktion einer gelebten Demokratie in einer sich sozial und ökonomisch gut entwickelnden Gesellschaft, eine ethische Grundhaltung auch von den politischen Vertreter*innen einzufordern und in diesem Sinne immer wieder die konstruktive und kritische Stimme zu erheben. Denn Sicherheit und Vertrauen in unser durchaus in Konkurrenz zu anderen Systemen stehendes Gesellschaftssystem schaffen wir durch *Transparenz*.

Nehmen wir doch die folgende Frage als Beispiel einer kritischen Auseinandersetzung: Woher kommt das Geld einer Partei und welche Interessensverbände bezahlen wen und wofür? Diese Frage kann in unserer politischen Landschaft nicht oft genug gestellt werden und muss auch öffentlich beantwortet werden. Wir fördern das Vertrauen in unser demokratisches System vor allem durch Offenheit und Ehrlichkeit. Also etwa durch die (öffentliche) Beantwortung der simplen Fragen: Wieso setze ich mich für die Ziele ein, für die ich stehe? Was ist mein politisches Interesse? Fragen, die sich alle politisch Handelnden, also im Grunde jede und jeder Staatsbürger*in, stellen muss.

Weiters schaffen wir Vertrauen auch durch den ehrlichen Umgang mit vergangenen Taten und – gerade in Österreich und angesichts der Wiederholungsgefahr und der Kontinuität zum Faschismus – generell mit einer kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit, die künftig auch zu einem aufgeklärten kollektiven Gedächtnis geführt werden muss. *Last but not least* entstehen ein soziales und demokratisches Bewusstsein sowie Transparenz und Vertrauen gerade durch eine Demokratisierung des bestehenden Machtgefüges. Veranschaulicht werden kann diese Demokratisierung angesichts der Frage, wie wir

mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgehen. Um also politisches Vertrauen zu festigen und wiederherzustellen, brauchen wir in vollem Umfang eine politische, ethische und d. h. *solidarische* Grundhaltung.

V. VERSCHWIEGENE ÖFFENTLICHKEIT?

Auch schaffen wir kein Vertrauen durch Verschwiegenheitsvereinbarungen, wie sie beispielsweise nach einem Gespräch über die Stadtregierungsverhandlungen mit der öVP getroffen wurden, nur um verhandlungstaktische Ziele zu erreichen. Freilich dient Derartiges auch der Selbstdarstellung und eine solche Haltung entspricht anscheinend dem politischen Zeitgeist mancher Politiker*innen. Dieser Umstand zeigt sich auch in der Haltung eines Bundeskanzlers, der an auf ihn wartenden Journalist*innen vorbeigeht, ohne auf deren berechnete und legitime Fragen einzugehen. So als ob das öffentliche Interesse ein Wunschkonzert wäre, bei dem die Politiker*innen sich aussuchen könnten, welche Inhalte sie der Bevölkerung präsentieren und welche sie ihr vorenthalten. Dementgegen hat die Öffentlichkeit ein Grundrecht auf *transparente* und *verständliche* Information und diese sollte nicht durch die Medien- und Kommunikationspolitik einer kleinen Elite bestimmt werden, die nur ihre Klientel bedienen möchte und den Rest der Bevölkerung außen vorlässt. Oft betreiben politische Akteur*innen ihre eigene private Kommunikationsagentur, die eher ihren persönlichen Interessen dient und nicht dem öffentlichen Wohl. In diesem Fall sollten diese dann auch keinesfalls mit Staatsgeldern und öffentlichen Mitteln betrieben werden und der Rechnungshof sollte diese Ausgaben jährlich überprüfen.

Dabei geht es aber nicht nur um eine Partei, weil es genügend andere Fälle in den Spektren unserer politischen Farbenpalette gibt, die ebenso politische Verantwortung vermissen lassen. Wenn wir z. B. aktuell von jenen regierenden Volksvertreter*innen sprechen, die sich selbst „Volkspartei“ nennen, dann kann man sich – auch angesichts des Prozesses von Karl Heinz Grasser – fragen, wo bei all dem Geld die Leistung ist, die den Menschen zugute hätte kommen sollen? Haben wir angesichts der immensen derzeitigen Kosten und einer Situation, in der viele Familien nicht einmal mehr wissen, wie sie das nächste Monat überstehen können, wirklich das Geld, um es Leuten in den Rachen zu werfen, für die genug niemals genug ist? Diese Frage entspricht darüber hinaus einem unternehmerischen Leistungsprinzip und sollte danach gemessen werden. Denn auch Unternehmer*innen müssen sich jeden Tag überlegen, welche Leistung zu er-

bringen ist, um das Unternehmen zu erhalten. Damit stehen auch sie in der Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft. Dieselbe *Verantwortung* tragen auch die politischen Handlungsträger*innen.


VI. SCHLUSS

Aber welche Leistung für die Bevölkerung erbringt eine Regierung, die so handelt wie oben beschrieben? Machen wir zum Ende hin einen kurzen Faktencheck: Wie viele Probleme stehen denn aktuell auf der Agenda unserer Gesellschaft und wie viele wurden von den politischen Entscheidungsträger*innen gelöst? Hier gibt es viele Beispiele aus der Zivilgesellschaft, die mehr bewegt hat als so manche politischen Funktionär*innen. Dabei wären Leistung und Verantwortung die wichtigsten Anforderungen an diese politischen Handlungsträger*innen, wobei es immer auch darum gehen müsste, der Bevölkerung die Komplexität von zukunftsweisenden Verhandlungen zu erklären.

Was wenn nicht dies, ist die Aufgabe der Politiker*innen, die aus einer wichtigen Sitzung über zukunftsweisende Themen kommen und sich den Fragen eines kritischen Journalismus stellen, um die Öffentlichkeit zu informieren? Dabei gehört es zu ihrer Aufgabe Komplexität zu reduzieren, Verständigung und Konsens zu erzielen und den Menschen, denen sie verpflichtet sind, bei der Orientierung ihres alltäglichen Lebens zu helfen und sie nicht noch mehr zu verwirren. Insofern bedarf es einer fakten- und evidenzbasierten Kommunikation, welche die Menschen nicht für Zweifel anfällig macht und sie auch nicht durch falsche und intransparente Informationen in die Irre führt oder verunsichert.

Alle Staatsbürger*innen unseres demokratischen Systems, egal ob in Österreich oder in Amerika angesichts der soeben durchgeführten Wahlen, müssen sich überlegen, welche Art von politischer Repräsentation sie wählen möchten und es gibt in einer Demokratie bedauerlicherweise nicht immer die beste *Auswahl*. Aber man kann an allem mit diskurs- und lösungsorientierten Menschen arbeiten. Solche Menschen gibt es in unserer Zivilgesellschaft sowie überall auf der Welt, wo wir das Glück haben Menschen kennenzulernen, die das Wort *Solidarität* auch tatsächlich leben. Denn *Solidarität* ist die grundlegende *Ethik* jeder demokratischen und politischen *Verantwortung*.

In diesem Sinne bekommt vor allem die politische Bildung eine immer wichtigere Bedeutung. Denn nur durch eine umfassende (politische) Bildung und eine konstruktivi-

ve kritische Stimme können wir einen allgemeinen demokratischen Rahmen schaffen, in dem die politische Verantwortung durch Transparenz, Vertrauen und Solidarität alle Staatsbürger*innen auf den öffentlichen Weg in eine wirkliche Demokratie führt, die für alle Menschen ein besseres Leben schafft. Schließlich geht es dabei immer auch um das Vertrauen in unsere eigene ZUKUNFT. 

DARIO WOHLMUTH

ist Politik- und Kommunikationswissenschaftler und arbeitet seit neun Jahren in der Luftfahrtindustrie.



Andreas Nader, The thin line #72
Siebdruck auf Vintage Papier, 84 x 118cm, 2016



Andreas Nader, Legenden, Wilder Kaiser
Risografie, 18 x 24 cm, Ed 20, 8teilige Serie, 2015

Ludwig siegt bei seinem ersten Antreten

Eine Nachbetrachtung zur Wiener Gemeinderatswahl

Die Sozialdemokratie konnte bei den Wiener Gemeinderatswahlen einen großen Erfolg verbuchen, der das politische System der Landeshauptstadt in eine neue Konstellation eintreten lässt. **PETER PRÖLL** berichtet und analysiert.

In der Nacht auf Mittwoch, den 14. Oktober, wurden die letzten Briefwahlstimmen der Wiener Gemeinderatswahl 2020 ausgezählt, nachdem noch bei keiner Wahl so viele Wahlkarten ausgegeben wurden wie bei dieser. Dabei handelt es sich also um ein demokratie- und wahlpolitisches Novum, das wohl nicht nur mit der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang steht und mit dem bei den nächsten Wahlen zu rechnen ist. Die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ) unter Bürgermeister Michael Ludwig ging auch nach dieser Auszählung erwartungsgemäß als erste durchs Ziel. Zum ersten Mal seit Langem gab es also für die Sozialdemokrat*innen zumindest auf Landesebene wieder Grund zum Jubeln, denn mit 41,62 Prozent übertreffen die Wiener Roten die 40 Prozentmarke deutlich und stellen derzeit „Die letzte Bastion der Linken“ im gesamtösterreichischen Zusammenhang dar, wie die Nachwahlausgabe des *profil* titelte.

MICHAEL LUDWIG GEWINNT DIE WIENER GEMEINDERATSWAHL

Schon die letzten Umfragen und Prognosen vor der Wahl hatten der Sozialdemokratie ein Ergebnis um die 42 Prozent bescheinigt, das mithin zumindest annähernd erreicht werden konnte. Somit hatte Bürgermeister Ludwig nun nach der Wahl die Wahl zwischen seinem bisherigen Koalitionspartner, den Grünen, die 14,80 Prozent erreichten, den Türkisen unter Gernot Blümel, die auf 20,43 Prozent der Stimmen kamen, und den Neos die 7,47 Prozent der Stimmen für sich entscheiden konnten. Die ersten Zurufe wurden bereits in den ersten Wochen nach der Wahl wahrgenommen. Die Be-

zirke innerhalb des Gürtels konnten sich eine Koalition mit den Grünen vorstellen, die Flächenbezirke tendierten eher zu einer Variante mit Pink. Es ist also in diesen Tagen äußerst spannend, dass sich das Team um Michael Ludwig bereits entschieden hat. Damit ergab sich im Verhältnis von *Demokratie und Wahl(en)* für die Sozialdemokratie eine Konstellation, die ideologisch von Interesse und programmatisch von Brisanz ist. Denn welches Verhältnis gehen im Rahmen des österreichischen politischen Systems Sozialdemokratismus, Ökologismus und (Wirtschafts-)Liberalismus in ZUKUNFT ein?

In diesem koalitionsären Zusammenhang präsentierte Ludwig seinen weiteren Fahrplan und traf die Entscheidung, dass die SPÖ mit den Neos sehr wohl Koalitionsverhandlungen aufnehmen kann. Damit stand erstmals – auch angesichts der Geschichte des *Liberalen Forums* (LiF) – die Tatsache im Raum, dass die ehemals sozialistische Partei bereit ist, gegenüber der ökosozialen Politik der Grünen eine Koalition mit einer liberalen und eben auch wirtschaftsliberalen Partei einzugehen. Wird damit aber die SPÖ ihre legitime Kritik am (Neo-)Liberalismus infrage stellen müssen? Wird sie in den sensiblen Bereichen der Wirtschafts- und Bildungspolitik Zugeständnisse machen müssen? Fragen, die auch in den Reihen der *Sozialistischen Jugend* (SJ) deutlich gestellt wurden, wodurch die Koalition mit den Neos bereits zu Beginn mehr als kritisch betrachtet wurde. Mitte bis Ende November soll auf jeden Fall die neue Stadtregierung stehen. Der Kampf gegen den Klimawandel, der Bildungsbereich mittels Ausbau der kostenfreien Ganztagschulen und die Auswirkungen des Corona-Problems auf die Wirtschaft stehen dabei auf jeden Fall im Mittelpunkt der kommenden Kommunalpolitik.



© Alexander Müller

Entscheidend wird dabei sein, dass eine Koalition in Wien auf jeden Fall die gesamte Legislaturperiode halten sollte und nicht so wie im Bund alle eineinhalb bis zwei Jahre platzt. Sicher ist dabei, dass der gestärkte Bürgermeister nicht auf Querrufer*innen hören muss, so wie er sich in dieser Situation in aller Ruhe aussuchen konnte, mit welcher der drei Koalitionsvarianten die meisten sozialdemokratischen Wahlversprechen am ehesten umgesetzt werden können. So wird alles darauf ankommen, welches ideologische und programmatische Profil sich die Sozialdemokratie in dieser neuartigen Situation auf dem Weg in die ZUKUNFT geben wird. 🍷

PETER PRÖLL

ist pensionierter Bankangestellter, stellvertretender Leiter der Sektion ohne Barrieren im Wildganshof und auf verschiedenen Ebenen in der SPÖ Landstraße aktiv.

Wiener Gemeinderatswahl 2020

(K)ein Grund zum Feiern?

Die Wiener Gemeinderatswahl hat der SPÖ einen „großartigen“ Erfolg eingebracht, der uns indes nicht einfach zum Jubeln bringen sollte. Denn angesichts der globalen Wirtschaftskrise und COVID-19 muss die Sozialdemokratie darauf achten, ihren eigenen Untergang abzuwenden, meint **BENJAMIN ENZMANN**.

I. EINLEITUNG

11. Oktober 2020 um 17:00 Uhr ... Die Wahl ist geschlagen und es geht *en gros* eine Welle des Jubels durch die österreichische Parteienlandschaft. Fast fühlen wir uns an die Schulzeit erinnert, wo nach einer Schularbeit nur ein/e Schüler*in mit einem *Nicht Genügend* nach Hause ging und alle anderen soweit zufrieden waren. Die Wiener Sozialdemokratie, mit Michael Ludwig an der Spitze, konnte endlich aufatmen und auf kommunalpolitischer Ebene einen „großartigen“ Erfolg feiern. Warum aber nur unter Anführungszeichen? Keine Frage, dass es höchst erfreulich ist, wie die Wiener Gemeinderatswahl für die österreichische Sozialdemokratie ausgegangen ist. Aber es gibt gerade in den Reihen der SPÖ – vor allem auf Bundesebene – keinen Grund zu überschwänglichem Jubel und Eigenlob. Denn auch dieses Ergebnis zeigt aufs Neue, in welchen Dilemmata die Sozialdemokratie stecken geblieben ist. Im Spannungsfeld von Neoliberalismus und ökologischer Wendepolitik ist eine klare Rückbesinnung auf die sozialistischen Grundwerte eine immanente Notwendigkeit für eine erfolgreiche Politik der SPÖ.

II. CORONA UND/ALS GLOBALE KRISE?

Das neue Narrativ, nachdem Corona unsere herkömmliche Art des Lebens auf den Kopf stellt, mag auf den ersten Blick seine Richtigkeit haben. Bei genauerer Betrachtung jedoch zeigt sich ein spezielleres Bild: Die (un-)bewusste Negation der Krise im Großen und die Dramatisierung der persönlichen und jahrelang aufoktroierten Individualisierung durch die neoliberale Hegemonie offenbaren nun – auch im Sinne Pierre Bourdieus – das *Elend* unserer gesamten (westlichen) Welt. Ein Elend, von dem gerade die Lokal- und Kommunalpolitik nicht frei ist, weil die soziale Ungleichheit auf diesem



Michael Ludwig nach dem Wahlsieg der SPÖ Wien
© Alexander Müller

Planeten buchstäblich universell geworden ist. Denn Corona löste nichts aus, sondern ist – analysieren wir genauer – nur der Brandbeschleuniger für ein vor unser aller Augen zusammenstürzendes Wirtschaftssystem, dessen grundlegende Krisenanfälligkeit nur wieder deutlich wird. Denken wir dabei nur an die Dotcom-Blase von 2000 und die Finanzkrise von 2007/2008. Dabei rufen alle nach Solidarität und Zusammen-

halt, nach Zuneigung und Vernunft. Aber eigentlich können wir angesichts dieser Krise nur den Kopf schütteln, war sie doch auf allen Ebenen erwartbar. Die Ignoranz auf der einen und die Hilflosigkeit auf der anderen Seite sind deshalb die beiden Hauptfaktoren unserer schwierigen Zeit.

III. EIN SPALT GEHT DURCH DIE GESELLSCHAFT

Gehen wir also noch einmal zurück zum 11. Oktober und rufen wir uns die Bilder der jubelnden Parteien und die strahlenden Gesichter der Parteifunktionär*innen ins Gedächtnis. Im Grunde stand damit erneut eine Negation des Elends im Großen vor Augen. Die hochschießenden Balken und die daraus resultierenden Ergebnisse waren dennoch eine gravierende Niederlage, eine Niederlage der Demokratie. Denn das Wahlergebnis der Wiener Gemeinderatswahl 2020 verweist im Grunde auf eine zutiefst gesplante Gesellschaft. Ein Vergleich: Wenn das Budget, wie es so schön heißt, eine in Zahlen gegossene Politik ist, dann ist dieses Ergebnis genau genommen nur eine in Zahlen gegossene kollektive Niederlage. Denn die allgemeine Neigung zur Selbstdemontage des Dritten Lagers ist über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt und mittlerweile ein weltweites Phänomen. Demgegenüber breitet sich aber gleichzeitig die Ratlosigkeit des linken Lagers aus, wo mit Fassungs- und Orientierungslosigkeit die Verschmelzungen von Bürgerlichen und Rechten hingenommen wird. Die vielgerühmte Zivilgesellschaft zersplittert sich – wie die Linke insgesamt – und sieht machtlos der formierenden rechten Einheitsfront zu, weil ihr die gesellschaftliche ökonomische, ideologische und institutionelle Basis zur Gänze abhandengekommen ist. Und so stellt sich erneut die Frage: Was tun?

IV. SOZIALDEMOKRATIE UND/ALS DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Eines scheint dabei sicher zu sein: Die Sozialdemokratie muss endlich in Richtung ZUKUNFT blicken und entschlossen gegen die Zersetzung der Demokratie durch (sozial-)staatszerstörende Elemente des rechten Lagers kämpfen. Die 100.000 Wähler*innen des rechten Lagers, die zuhause blieben und nicht zur Wahl gingen, müssen eine Mahnung für die kommenden Jahre sein. Offen und ehrlich muss in den Reihen der Sozialdemokratie über unsere Art des Zusammenlebens diskutiert werden, um aktiv an der Verbesserung bzw. Veränderung unserer Demokratie arbeiten zu können. Das politische Ziel sollte eigentlich klar sein, muss aber der Sorgfalt halber nochmals genannt werden: Eine sozialistische Demokratie! Eine Demokratie, die uns mitreißt, uns verbindet und

den Menschen Gehör verschafft. Eine Demokratie, in der die ökonomischen und sozialen Bedingungen allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen, an der alle Menschen beteiligt sind und nicht in einzelne Stände und Gruppen auseinanderdividiert werden. Dazu braucht es Mut und Kraft, um die Vision eines *Demokratischen Sozialismus* Wirklichkeit werden zu lassen.

V. SCHLUSS

Deshalb zeigt gerade der (scheinbare) Erfolg der Wien-Wahl, dass noch viel Arbeit ansteht. Denn die Demotivierung eines Großteils der Wähler*innenschaft einer anderen Partei darf nie der Indikator für den Erfolg der eigenen Partei sein. Vielmehr sind Dialogbereitschaft innerhalb der Linken und das Aufzeigen von Alternativen notwendig. Ganz in diesem Sinne soll dieser Artikel ein Weckruf sein, ein Weckruf für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement. Denn wenn wir uns nicht organisieren und breit aufstellen, wird das den Tod der Sozialdemokratie bedeuten, wie Oliver Scheiber schon vor geraumer Zeit prognostizierte. In diesem Zusammenhang zeigen die Demokratie und ihre Geschichte, wie schnell der Schritt von der bürgerlichen Freiheit in den bürgerlichen Totalitarismus gesetzt werden kann. Und dies darf nie wieder passieren. Deshalb erinnern wir zum Ende hin an eine passende Gedichtstrophe von Erich Mühsam: 🍷

*Schlagt zwanzig Freiheitstheorien
euch gegenseitig um die Ohren
und singt nach hundert Melodien
doch gilt es in den Kampf zu ziehen,
dann sei der gleiche Eid geschworen!*

Erich Mühsam, Streit und Kampf!

BENJAMIN ENZMANN

ist Student der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien, Funktionär der SPÖ Wien und in der SPÖ Döbling aktiv.

Literatur

Bourdieu, Pierre et al. (1997) (Hg.): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: UVK.

Mühsam, Erich (1978): Streit und Kampf, in: Ausgewählte Werke, Bd.1: Gedichte. Prosa. Stücke, Berlin: Volk und Welt, 117–118, online unter: <https://tinyurl.com/y4oclmlw> (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Scheiber, Oliver (2019): Sozialdemokratie: Letzter Aufruf! Der Weg in den Tod: 10 Vorschläge / Der Weg zur Auferstehung: 10 Vorschläge, Wien: bahoe.

Die neoliberale Aushöhlung der Demokratie und die politische Entfremdung des Individuums

JULIAN KROYER versucht anhand marxistischer Theorien die Entdemokratisierung der kapitalistischen Demokratie durch den Neoliberalismus zu analysieren, beschreibt die daraus resultierende Entfremdungsdynamik politischer Partizipation und deren Folgen für den Menschen als (staatsbürgerliches) Subjekt. Am Ende steht dabei ein Ausblick auf die Möglichkeit das uns beherrschende krisengebeutelte Wirtschaftssystem zu verändern.

I. EINLEITUNG

Demokratie ist gegenwärtig ein sehr breiter Begriff und angesichts seiner Mehrdeutigkeit in seiner Ausführung und seinem subjektiven Verständnis nie einheitlich zu verstehen. Denn genau genommen kann Demokratie unter den derzeitigen (austrofaschistischen) Bedingungen nur an den Grenzen des politischen Raumes agieren. In den meisten Fällen wird dieser durch den Staat verkörpert, weshalb die Probleme der derzeitigen Linken auch in der Heterogenität der Staatsauffassung zu sehen ist. Daher muss man demokratische Entwicklungen immer im Zusammenhang mit den Institutionen innerhalb des derzeitigen Staatsgebildes betrachten und definieren.

II. VON DER VERGÄNGLICHKEIT DES WOHLSTANDS

Historisch betrachtet kam es in den letzten dreißig Jahren zu einem eminenten Abbau oder vielmehr zu einer Zerstörung der Demokratie. Denn in der Nachkriegszeit – also dem „Goldenen Zeitalter“, wie Eric Hobsbawm sagte – entstanden in etlichen Ländern Europas relativ stabile Sozial- und Wohlfahrtsstaaten. So realisierte sich annäherungsweise eine Idee der Demokratie, die den Anschein erweckte Kapitalismus und soziale Gerechtigkeit im Sinne der sozialen Marktwirtschaft und durch leichte Regulation in Einklang bringen zu können. Dies ging mit dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme mithilfe wohlfahrtsstaatlicher Bürokratien und der Idee einer repräsentativen Demokratie einher, welche indes nach Dieter Hesselberger (2001) eine Mischform von Demokratie (die Herrschaft aller) und Aristokratie (die Herrschaft einiger) darstellt. Im Rahmen des repräsentativen Demokratieverständnisses bekam die Bevölkerung durch den Mechanismus des Wahlgangs die Möglichkeit das politische Geschehen innerhalb der herrschenden Klasse (z. B. verkörpert durch Beamt*innen des Politapparates) zu beeinflussen und verlieh gleichzeitig durch die Stimmabgabe dem vorherrschenden System seine Legitimation. Demokratiepoltisch derart organisierte Staaten schafften es auch sozial unerwünschte Folgen eines hoch produktiven Wirtschaftssystems unter Kontrolle zu bringen und durch eine Steigerung der Kaufkraft auszu-

gleichen. In der Retrospektive steht dabei deutlich vor Augen, dass die in diesem Zusammenhang propagierten Ideen und Vorhaben nur bis zu einem bestimmten Punkt innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens möglich waren, denn alle Metaebenen eines Staates sind regulierbar, die weltweiten Marktinteressen hingegen unter den heutigen Produktionsbedingungen nicht. Daraus resultierte die Vergänglichkeit des Wohlstands, wobei die rigorose Globalisierung des Weltwirtschaftssystems im Sinne eines aggressiven Neoliberalismus die Leistungsfähigkeit des Nationalstaates an seine Grenzen brachte. So wurde spätestens mit Reagan und Thatcher die Einbettung von Staaten in deregulierte globale Märkte viel mehr betrieben als die Einbettung der Volkswirtschaften in staatliche und regulierende Grenzen (Habermas 1999). Im Zuge dieses Prozesses kam es zur Herausbildung neuer sozialer Schichten (Prekariat und Kognitariat), zu einem gesellschaftlichen Vertrauensverlust hinsichtlich der Realpolitik, zum Aufbau unbändiger globaler Großkonzerne – denken wir nur an die Google, Amazon, Facebook, Microsoft und Apple – und zur beschleunigten Zerstörung der Umwelt durch den exponentiellen Abbau natürlicher Ressourcen.

III. ÜBER DEN STAAT

Joachim Hirsch (1998) spricht in diesem Zusammenhang von der Transformation des Staates, dessen innere Strukturen und Politik auf funktionaler und struktureller Ebene nunmehr von den Zwängen der internationalen Standortkonkurrenz bestimmt wird:

„(1) In funktionaler Hinsicht hört der Staat auf, die nationale Ökonomie auf der Basis administrativ organisierter Klassenkompromisse zu regulieren. Sein vorrangiges Ziel ist nun vielmehr die Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in Bezug auf den globalisierten Akkumulationsprozess in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen »Standorten«.

(2) Strukturell vollzieht sich damit eine Entdemokratisierung innerhalb des institutionellen Rahmens der liberalen Demokratie. [...] Staatliche Politik unterwirft sich unmittelbar den sogenannten »Sachzwängen« des Weltmarkts. (Hirsch 1998: 33)“

Daraus entsprang ein Staatsgebilde, welches in seiner Grundlage eine Vermengung aus Restbeständen des sozialdemokratischen Staatsinterventionismus, des Neoliberalismus und verschiedener libertärer Strömungen darstellt (Emtmann 1998). Dieses heute vor Augen stehende Gebilde wird in seiner Außenwirkung stets von kapitalistischen und kommerziellen Hegemonialapparaten im Sinne Gramscis beeinflusst.

So stellte bereits Herbert Marcuse in seinem Werk *Der eindimensionale Mensch* (1967) die Gefangenschaft des Individuums zwischen wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unfreiheit fest. So fanden Diskursverschiebungen abseits der zivilgesellschaftlichen Interessen statt, da ihre Transformationen stets eine reaktionäre Antwort auf gegenwärtige Widersprüche und eine homogene profitorientierte Agenda sind. Aushöhlungen demokratischer Partizipation lassen sich auch an Hand der gegenwärtigen Protestkultur (z. B. *black lives matter* oder *fridays for future*) ableiten. Der revolutionäre Reflex der Bevölkerung, der sich aus Befreiungsdrang und Überlebensinstinkt nährt und durch zivilen Ungehorsam zum Ausdruck gebracht wird, wurde durch die Rolle des Wohlfahrtsstaates und den Mangel materieller Bedürfnisse bereits in der Nachkriegszeit auf ein Minimum beschränkt. So lässt sich gesellschaftliche *Beteiligung* an demokratischen Prozessen auf einen sehr begrenzten und – dem Neoliberalismus zur Gänze entsprechenden – *individuellen* Handlungsspielraum herunterbrechen und damit unterdrücken.

IV. DEMOKRATIE UND WAHL(EN)

Demokratie muss demgemäß als ein Prozess gesehen werden, welcher den Wahlzettel als erschaffenes Produkt der Wähler*innen im Sinne eines Mosaikstücks in ein gesellschaftliches Gesamtbild projiziert. Die Wähler*innen werden somit zu den Produzent*innen ihres ideologischen und emotionalen Überbaus, welcher durch den Akt der Stimmabgabe an der Urne verkörpert wird. Der Grund für den fortlaufenden Vertrauensverlust in die Politiker*innen lässt sich so marxistisch durch eine individuelle Entfremdungsdynamik zwischen Produzent*innen und Produkt erklären, die in einem Ausdruck von subjektiver Enttäuschung in die scheinbare Machtlosigkeit gegenüber den Regierenden mündet. Die Identifikation mit dem eigenen Produkt fällt somit aus, daher geht durch diesen Vorgang die emotionale Wertigkeit und Verbundenheit verloren. Der Gegenstand der politischen Verdrossenheit, der im zivilgesellschaftlichen Diskurs thematisiert wird, ist also nur ein Resultat, welches sich aus der Entfremdung der bürgerlichen Scheindemokratie von den subjektiven Erfahrungswelten der konkreten Menschen ergibt.

Das Fortbestehen dieser ausgehöhlten Demokratie stellt somit zugleich die letzte Barriere dar, welche es zu überwinden gilt, um die neoliberale Wirtschaftsdiktatur und ihren bürgerlich-aristokratischen Repräsentationsapparat abzulösen.

Dieses System enthält aber trotz seiner unzähligen Widersprüche die Möglichkeit es zu verändern, da *Demokratie* sich in diesem Sinne eben nur durch *Wahl(en)* legitimieren kann, um ihre Macht ausüben zu können. Die hier diskutierte Problematik besteht mithin darin, dass sich Macht durch ihre alleinige Existenz nicht selbst legitimieren kann, weshalb sie auf andere gewaltentrennte Instanzen innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft und des Staates (Bourdieu 2001; 2014) angewiesen ist.

V. CONCLUSIO

Der globale Wettbewerbsstaat ist nach Antonio Gramsci u. a. gezwungen, die natürlichen Intellektuellen als kulturelle Untermauerung der neoliberalen Ideologie für sich zu gewinnen. Durch den Mechanismus des Zugestehens von „relativer Autonomie“ innerhalb des Staates wird damit auch ein Bild der (scheinbaren) Freiheit in die Gesellschaft projiziert, welches wiederum das hegemoniale und kapitalistisch organisierte *perpetuum mobile* in Bewegung halten soll. Dieser Prozess der zunehmenden Autonomisierung birgt jedoch das Risiko, dass die genannten Instanzen die ihnen verliehene Autonomie nur zur Selbstlegitimation verwenden und somit einzig „organische Intellektuelle“ (individuelle Kopfarbeiter*innen) konträre Gesellschaftsbilder entwerfen könn(t)en, um die gegenwärtige politische Macht zu überwinden. Diese Rolle muss gleichzeitig von einer Bewegung (kollektive Handarbeiter*innen) eingenommen werden, welche es schaffen könnte, mit Hilfe der kulturellen Hegemonie (Gramsci) – und gestützt auf wissenschaftliche Theorie – die gefestigten theoretischen und praktischen Dogmen des Neoliberalismus frontal zu attackieren. Wünschenswert wäre deshalb auch die Erhöhung der Schlagkraft von Partei und Gewerkschaft. Denn die Geschichte hat uns mehrfach gelehrt, dass andernfalls faschistische Kräfte den gesamten sozialen Raum bis in die letzte (neoliberale) Nische hinein besetzen können.



JULIAN J. ERNESTO KROYER

ist Student am Institut für Afrikawissenschaften der Universität Wien
und Angestellter.

Literatur:

- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditationen – Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, Berlin: Suhrkamp.
Bourdieu, Pierre (2014): *Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989–1992*, Berlin: Suhrkamp.
Gramsci, Antonio (1999): *Gefängnishefte*, 10 Bände, Hamburg: Argument.
Hesselberger, Dieter (2001): *Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung*. Lizenzausgabe für politische Bildung, München: Luchterhand.
Habermas, Jürgen (1999): *Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 44, Heft 4/99, 425–436, online unter: <https://tinyurl.com/yxpobu77/> (letzter Zugriff: 20.10.2020).
Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin/Amsterdam: ID Verlag.
Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, München/Wien: Hanser.
Emtmann, Anette (1998): *Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie*, Berlin/Hamburg: Argument.
Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch*, München: Luchterhand.



Atelieransicht Sophie Esslinger
© Rainer Kriesch



Siebdruckwerkstatt
v. l. n. r. Andreas Nader, Projektleiter Manuel Gras und Markus Raffetseder
© Rainer Kriesch

RED CARPET ART AWARD



Atelieransicht Pia Lattanzi
© Rainer Kriesch



Gemeinschaftsatelier im Schlingerhof, ehemalige Bibliothek Brünner Straße 34–38
© Rainer Kriesch

Der Spalt

Die Autorin **ZARAH WEISS** reflektiert den Schwerpunkt Demokratie und Wahl(en) vorsätzlich auf poetische Weise: In ihrer Erzählung Der Spalt wird die titelgebende Bedrohung zum Ausdruck gesellschaftlicher Zustände und dystopischer Perspektiven ...

Der Spalt war eines Tages da, einfach da. Niemand von uns hatte ihn kommen sehen.

Wir hatten auch nicht wirklich darauf geachtet, waren doch jeden Tag hastig unterwegs gewesen, zur Arbeit gehetzt, zur Verabredung gehetzt, nach Hause gehetzt. Schnellen Schrittes, weil wir so das Gefühl hatten, als sei die Stadt unser. Wir mussten ihr keine besondere Aufmerksamkeit mehr schenken, wir waren niemandem etwas schuldig und obwohl wir so hochnäsiger waren, blickten wir doch nie nach oben, wir hielten die Nase nie oben, bewunderten nie die Häuserfassaden, sondern hetzten bloß gesenkten Hauptes vor uns hin.

Es ist ein Rätsel, wieso wir nicht bemerkten, wie der Spalt langsam entstand, wenn wir doch immer nur nach unten blickten bei unseren Erledigungen.

Vielleicht entstand er auch nicht. Vielleicht war er wirklich einfach nur eines Tages da. Wir waren uns nicht einmal sicher, ob wir ihn sofort gesehen hatten. Vielleicht war er schon länger da gewesen.

Im Nachhinein ist es schwer zu sagen, wem er zuerst auf fiel und wann. Das ist auch nicht wichtig. Nichts von all dem ist mehr wichtig.

Von Bedeutung ist vielmehr, dass der Spalt von Tag zu Tag größer wurde. Am Anfang noch eine kleine Unebenheit im Asphalt, ein winziger Riss, aus dem schnell kleine Blumen und Wildpflanzen wuchsen. In den eigenen vier Wänden starben sie innerhalb weniger Wochen. Aber in der Stadt kämpften sie sich durch Beton, durch Teer, durch Asphalt, durch Kopfsteinpflaster. Als dürfte im Leben nichts zu einfach sein,

sonst wäre es nichts wert.

Die Ersten rupften die Blumen aus, sie zerstörten das Stadtbild. Bald kamen sie nicht mehr hinterher. Gärtnereien rückten an, jäteten jeden Tag – mit dem Ergebnis, dass sich die Pflanzen nur noch stärker zu vermehren schienen. Eine einzige grüne Linie, die mitten durch die ganze Stadt führte. In der Tat, durch die ganze Stadt, von einem Ortseingangsschild bis zum anderen und wir konnten noch nicht einmal sagen, ob die Linie von Nord nach Süd oder von West nach Ost verlief, weil sie sich so sehr schlängelte, dass kaum eine Richtung auszumachen war.

Wir machten uns Sorgen, als mit den Pflanzen auch die Marienkäfer kamen. Sie krabbelten aus dem Spalt, bildeten kleine Straßen in unsere Häuser hinein. Wir besorgten uns Köder gegen die Tiere. Irgendwann waren sie verschwunden, aber dadurch wurde nichts einfacher. Vielleicht waren sie wieder zurück in den Spalt gekrabbelt; in den Spalt, der nun größere Ausmaße angenommen hatte, einen Finger breit, bald zwei Finger breit.

Wir leuchteten mit Taschenlampen hinein und entdeckten nichts als Erde.

Wir nahmen Proben von der Erde, sie war ganz normaler Humus. Nichts brachte einen Hinweis darauf, was diesen Spalt verursacht hatte.

Wir beauftragten die größten Expertinnen und Experten des Landes. Einige von ihnen meinten, das Problem würde sich von allein lösen, wir sollten uns nicht aufregen und nur genügend Zeit verstreichen lassen, es würde sich alles klären.

Andere waren besorgt, sagten, dass sie so etwas seit Beginn der Stadtgeschichtsschreibung noch nie gesehen hatten. Sie rieten dazu, diesen Spalt ernst zu nehmen, darauf zu achten, ob er sich vergrößerte. Sie rieten dazu, Gremien einzurichten, die sich mit dem Spalt befassten. Sie rieten dazu, nicht panisch und emotional zu werden, sondern einen Umgang damit zu finden. Lange Zeit glaubten wir den Ersten. Lange Zeit versuchten wir zu ignorieren, was sich da vor unseren Augen auftrat, was da vor unseren Augen immer größer wurde.

Als aber die Marienkäfer verschwunden waren, als der Spalt zu groß geworden war, um noch Lebensraum für Pflanzen zu bieten, weil auch die Erde sich in der Mitte spaltete, weil dazwischen einfach nichts war, ein dunkles, leeres Void – erst als das passiert war, dachten wir darüber nach, ob wir etwas unternehmen mussten. Und erst dann realisierten wir, dass auch wir uns bereits gespalten hatten, dass es unter uns schon immer Menschen gegeben hatte, die diesen Fall untersuchen lassen wollten, die übervorsichtig waren, die an nichts anderes mehr denken konnten und sich in ihrem Alltagsleben unfassbar gestört fühlten. Und diejenigen, die alles abtaten, die die anderen als Mimosen bezeichneten, die das normale Leben aufrechterhalten wollten, die am liebsten alles ignoriert hätten.

Noch konnten wir mit einem normalen Schritt über den Spalt treten. Manchmal sahen wir dann flüchtig hin, manchmal blieben wir stehen, um zu untersuchen, ob sich etwas verändert hatte. Meistens gingen wir einfach weiter, den Blick stur geradeaus gerichtet. Oft waren es die Jungen, die anders dachten als die Alten. Oft waren es die Reichen, die anders dachten als die Armen. Oft wurde sogar innerhalb der Familien diskutiert, am Frühstückstisch, beim Abendessen. Eltern und Kinder entfremdeten sich voneinander. Jugendliche und Lehrpersonen in der Schule fanden keine gemeinsame Diskussionsgrundlage mehr. Manche versuchten, die Harmonie zu bewahren, indem sie das Thema einfach vermieden. Als ob es damit verschwinden würde. Als ob es nicht über unseren Köpfen hängen würde, uns jeden Tag begegnen würde. Denn es war ja so: Den Spalt nicht zu sehen, ihn zu ignorieren, war eine Unmöglichkeit. Er schlängelte sich so verworren durch die Stadt, dass es unmöglich war, selbst beim kleinsten Spaziergang nicht auf ihn zu stoßen. Das irritierte uns. Wir versuchten uns einen Überblick zu verschaffen, wir versuchten ihn zu kartografieren. Aber mit jeder Messung, die wir anfertigten, schien er sich uns nur weiter zu entziehen, als würde er sich unter unseren High-Tech-Geräten winden und verän-

dern. Prüften wir eine Annahme am nächsten Tag, so stimmte sie selten noch. Das Einzige, dessen wir uns sicher sein konnten: Er wurde größer. Der Spalt wurde mit jedem Tag größer. Mal ein starker Unterschied, mal ein kaum merkbarer, aber er wurde größer.

Inzwischen waren über 100 Tage vergangen. Niemand von uns konnte den Spalt mehr ignorieren. Wir mussten aufpassen, sobald wir uns ihm näherten. Kinder wurden gewarnt, nicht in seiner Nähe zu spielen. Es mehrten sich Geschichten von Übermütigen, die blind darüber gerannt waren und sich böse das Bein verstaucht hatten. Die Ersten von uns verlorenen Dinge im Spalt: Handys, die aus der Hand fielen, Geldbörsen, die aus der Tasche rutschten, Pumps, die nicht fest genug saßen. All das, verloren in den Tiefen.

Wir begannen Bohrungen, direkt neben dem Spalt, doch noch bevor wir unsere Messgeräte in die Erde einlassen konnten oder noch während die Erde vom Bohren vibrierte, brach der Spalt weiter auf, immer genau an dieser Stelle. Damit wurde er streckenweise um einen so großen Teil breiter, dass wir die Bohrungen unterließen. Nahmen wir die Messungen weit genug weg vor, gab es überhaupt keine Daten, die auswertbar gewesen wären.

Es dauerte nicht lange, bis der Spalt zum ausgewachsenen Problem für die Schwächsten unserer Stadt wurde. Kinder, Kranke und Alte schafften es kaum noch, den großen Schritt über den Spalt zu machen. Wir bauten Brücken, schlechte Brücken, Übergangsbrücken, Brücken, die weit über den Spalt hinausgingen, die lange halten sollten und die dann doch schnell zu kurz wurden oder auf Dauer einfach zu teuer waren. Irgendwann ging uns das Geld für die Brücken aus. Wir investierten es in die Gesellschaft, in den Schutz der Schwachen, in Workshops, die sich mit Umgangsmöglichkeiten befassten. Irgendwann ging uns auch das Geld dafür aus.

Bald hieß es: Wähle, auf welcher Seite Du sein willst. Entscheide Dich, auf welcher Seite Du leben willst. Es gab kaum noch Möglichkeiten, die eigene Seite zu verlassen, wir trennten uns. Familien und Bekannte sahen sich nicht mehr. Freundschaften wurden kaum noch geführt. Menschen verloren ihre Jobs, weil die Firma auf der anderen Seite lag oder weil Transportwege von Waren nicht mehr gewährleistet werden konnten. Kleinere Betriebe gingen bankrott, es bildeten sich Monopole, Menschen nahmen plötzlich jede Arbeit an, die sie bekommen konnten, es wurde darüber entschieden,

welche Branchen wichtiger waren als andere. Wir misstrauten der Regierung, wir misstrauten einander. Die Entscheidungen trafen nicht wir, erst recht nicht die Minderheiten, die Entscheidungen wurden getroffen und wir waren nicht daran beteiligt. Wir gingen auf die Straße, mal die einen, mal die anderen, mal alle. Fast immer endete es gewaltvoll. Diejenigen, die vorher schon alles gehabt hatten, nutzten die bestehenden Abhängigkeiten und erweiterten ihren Reichtum.

Der Spalt war so groß geworden, dass wir einander laut zurufen mussten, um uns zu verstehen, wenn wir an beiden Seiten seines Abgrunds standen. Manche von uns taten das noch. Sie bemühten sich, wenigstens einen Hauch von echtem, ursprünglichem Kontakt zueinander zu haben. Es war anstrengend und frustrierend. Sie verstanden sich nicht, selbst, wenn sie Megafone benutzten, der Wind verzerrte alles. Die meisten hatten es längst aufgegeben.

Wenn es gewitterte, sammelte sich so viel Regenwasser im Spalt, dass es an einigen Stellen über die Ufer trat. Es gab erste Wahlen darüber, Dämme zu bauen, auch diese nicht einstimmig. Wir versuchten das Hochwasser zu nutzen, um mit kleinen Booten auf die andere Seite zu fahren, aber wurden immer wieder abgetrieben, es war zu gefährlich. Meistens sank das Wasser wieder so schnell, wie es gekommen war. Es war unvorhersehbar.

Wir mussten den Spalt nicht entlanggehen, um zu sehen, wo er endete. Durch die Nachrichten wussten wir schon seit Monaten: Er endete nirgendwo. Mittlerweile zog er sich durch andere Städte, andere Länder. Wir hatten keine Wahl mehr, auf welcher Seite wir sein wollten. Gesetze, die für die einen zutrafen, trafen für die anderen wieder nicht zu. In manchen Ländern wurden die Regierungen gestürzt. In manchen blieben sie wackelnd. Wir wählten eine neue Regierung, wir versuchten die Stimmzettel von beiden Seiten gleichzeitig auszuwerten. Das Ergebnis war so geteilt wie wir. Mächtige drängten sich in den Vordergrund, drängten alles andere in den Hintergrund. Sie begannen streng zu überwachen, sie schafften die Wahlen ab, weil ja doch so gespaltene Meinungen hervortraten. Wir hatten alles verloren.

Wir sind keine Gruppe mehr. Wir gehören nicht zusammen, wir sind befremdet voneinander. Wir kämpfen einzeln, wir bleiben einsam. Der Spalt ist geblieben. Wenn wir Glück haben, wird er manchmal wochenlang nicht größer, wenn wir Pech haben, drückt er wieder an einer anderen Stelle Häuser

und Bäume auseinander. Kleiner wird er nie. Es ist kein Spalt mehr. Es ist ein riesiger Abgrund.

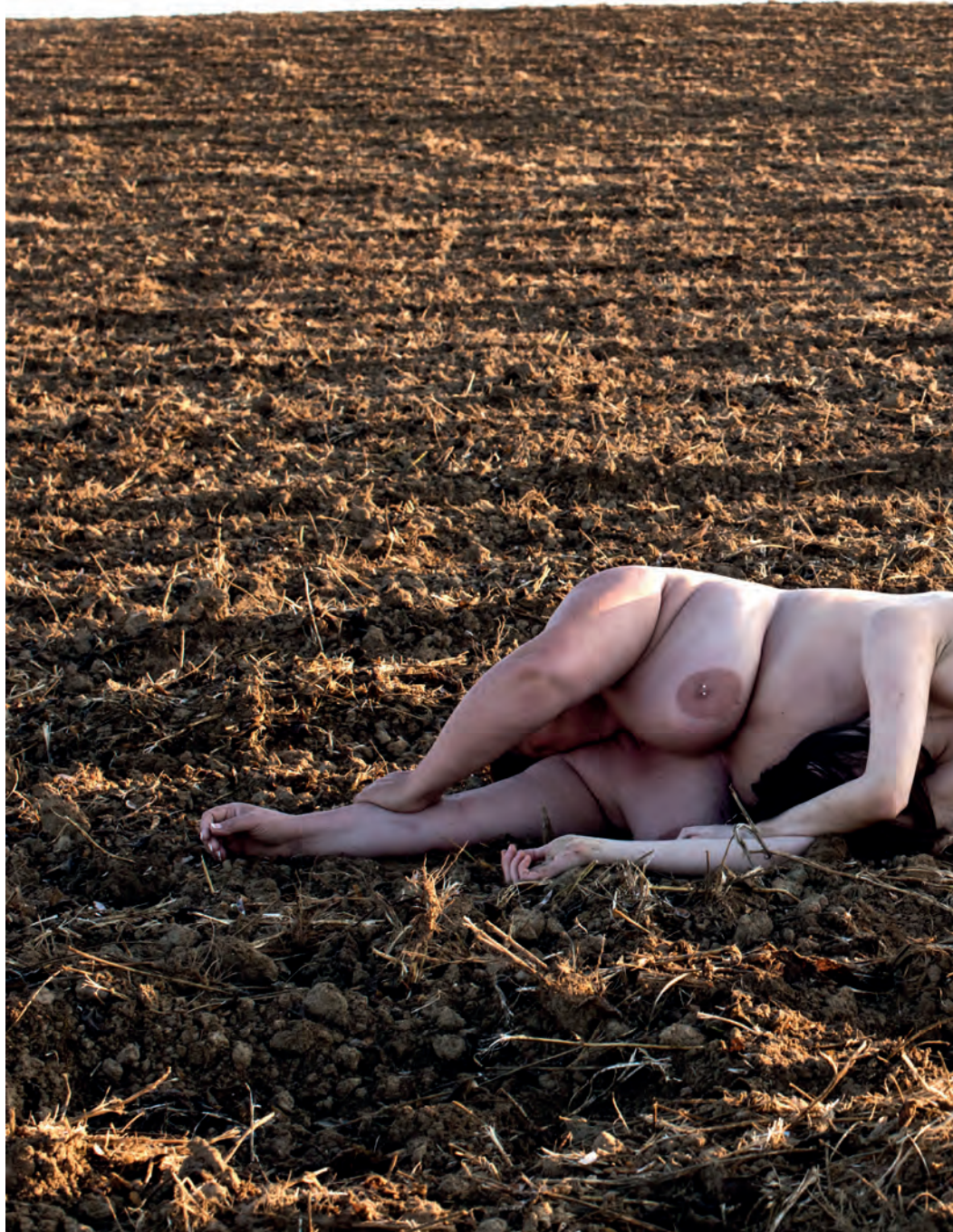


ZARAH WEISS

lebt als Autorin und Literaturwissenschaftlerin in Wien. Demnächst erscheint ihre Erzählung „Die Kemenate“ (Czernin Verlag 2020).



Naomi Devil, Girl with pearl earring,
Acryl auf Leinwand, 110 x 130



Michèle Yves Pauty, Body Sculpture 04-01
Fine Art Print, 60 x 80 cm, 2019

RED CARPET ART AWARD



Zur Wählbarkeit des Künftigen

Versuch einer Relektüre von Enki Bilals *Alexander Nikopol*

Enki Bilals Trilogie *Alexander Nikopol* ist ein Klassiker des Mediums Comic, der nicht zuletzt durch Zeitlosigkeit und einen einzigartigen Stil überzeugt. Heute lässt sich dieser Meilenstein der Mediengeschichte unter den Vorzeichen von Ecocriticism und literarischer Phantastik neu kennenlernen oder erneut genießen – und nicht zuletzt als böse Parabel über politische Manipulation lesen. **THOMAS BALLHAUSEN** untersucht angesichts unseres Themas im literarischen Feld die Wählbarkeit der ZUKUNFT ...

1.

Die Künste sind in der Lage auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren, diese zu reflektieren oder auch mögliche zukünftige Tendenzen vorzuformulieren und zur Diskussion zu stellen. Die sogenannten großen Fragen sind in die Geschichte der Künste eingeschrieben – und nicht zuletzt die Literatur der Spät- und Postmoderne bietet zahlreiche Beispiele, die einen Blick auf die katastrophalen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit, der Gegenwart und eben auch einer möglichen Zukunft anschaulich darstellen. Die Konjunkturen des Apokalyptischen und der entsprechenden dystopisch geprägten literarischen Beispiele gehen mit einem, angesichts der Unübersichtlichkeit der sogenannten Wirklichkeit nur zu verständlichen, verstärkten Wunsch nach Prognosen einher, ganz unabhängig davon, wie schockierend diese ausfallen: So findet sich eine Reihe niveauvoller, breitenwirksam wahrgenommener Arbeiten, die in der Verhandlung eines letzten „Goldenen Jahrzehnts“ zwischen dem Fall der Berliner Mauer und 9/11 den sich abzeichnenden, überaus spürbaren allgemeinen Ausnahmezustand, entropische Gesellschaftsentwicklungen und radikale Spaltungen im Sozialen thematisieren. Diesen Werken ist nicht nur ein poetologischer Unterton des Ungemütlichen gemein, sondern auch eine Aufwertung der Themen von Raum und Geschichte. Im Spiel aus Fiktiv und Fiktional, also dem Ausdruck medialer Gemachtheit und der Qualität des Verweises über die gängigen Wirklichkeitsvorstellungen hinaus, entfalten diese Texte – zu denen auch *graphic novels* gezählt werden sollen – ihr gesellschaftskritisches Potenzial.

2.

Fiktion stiftet Geschichten und Bilder, die in ihrem produktiven Verpassen einerseits der Behauptung von Akkuratez entgegen, andererseits die sogenannte geschichtliche Wirklichkeit überhaupt erst (neu) verhandelbar machen – und zwar weit über die Einschreibungen von jeweiliger Produktionsgenwart hinaus. Die gestifteten Bilder sind nicht selten als neu oder erneuert einzustufen, sie sammeln sich zu neuen, durchaus auch zu problematisierenden Referenzoptionen an. Depot und Gedächtnis stehen somit in unmittelbarer Wechselbeziehung – nicht zuletzt, wenn Literatur, die Künste und Film Bilder stiften, die zwischen dokumentarischem Anspruch und fiktivem Eigencharakter changieren. Die Erzählung tritt in die Leerstelle der Geschichte, narrationsgebundene Momente der Historiografie machen das Unterschlagene, das Verworfenne und das Verheimlichte evident: Das Dokumentarische und seine Annäherung an die sogenannte Wirklichkeit scheinen von der Fiktion, als deren mehrdeutiges *dépôt* wirksam, hinterlegt. Die geschichtsstiftende Funktion der Medien, das notwendigerweise reflektierte Umgehen mit der Trias Geschichte – Geschichtlichkeit – Geschichtsschreibung, lässt nach dem (Spiel-)Einsatz fragen, dem nicht minder wortwörtlichen *mise-en-dépôt*. Die Fiktion ist in unterschiedlichster Ausprägung und Intensität als das Depot, die Hinterlegung des Dokumentarischen denkbar – immer dann auch, wenn es eine Leerstelle zu adressieren gilt. Die Strategien des Dokumentarischen erlauben Geschichtsentwürfe ebenso wie Gegengeschichts-

schreibungen, sie ermöglichen die Darstellung von Lebensentwürfen, reizen zu Raumnahmen – sie sind aber in ihrer prinzipiellen Struktur nicht selten von Fiktion hinterlegt. Die Sinnstiftungsprozesse der Historiografie, in welcher Medienform sie auch immer sich manifestieren, sind Erzählimperativen verpflichtet, fallweise sogar unterworfen. Die Fassbarkeit der Ereignisse verweist uns auf das Arrangieren, das Strukturieren der Welt, auf das eingeschriebene Spannungsverhältnis aus Realem/Erfasstem und kreativer Zugabe/Prozess. Es ist aber die neue Fassbarkeit, die einen ethischen und nicht zuletzt politischen Raum öffnen und erschließen hilft.

3.

Der aktuellen deutschsprachigen Ausgabe von Enki Bilal (*1951) Trilogie um den melancholischen Alexander Nikopol ist eine Einleitung vorangestellt, in der der Autor der Leser*innenschaft seines Klassikers viel, aber bestimmt nicht zu viel verspricht: „Die Nikopol-Trilogie ist (wie bei den alten Griechen?) eine zugleich freie wie gebundene Trilogie. Frei ist sie für mich, ihren Autor, in vieler Hinsicht. Ich nenne nur mal: frei in der Inspiration, der Erzählweise, frei von zeitlichen Beschränkungen, von Beschränkungen der Rationalität, der Dokumentation und sogar frei in der Wahl der Edition. Aber nicht frei von Bindungen, sondern klar verbunden über eine Chronologie, Figuren und eine ständige Lust – in jeder der drei Etappen –, bei der Ähnlichkeit der Zeitverschiebung am Zeitgenössischen zu kleben. Und so reihen sich, in den drei Büchern, zwanghafte und groteske Versatzstücke unserer Welt an schändlich malträtierte ägyptische Götter, einen Mann mit dem Namen einer ukrainischen Stadt und dem Gesicht eines großen deutschschweizer Schauspielers, eine emblematische und irrwitzige Frau mit weißer Haut und von Natur aus blauen Haaren, Tiere, echte, unechte, sowie Zeitungen (die Presse ist immer dabei!), eine fliegende Pyramide, sportliche Auseinandersetzungen, Zugabteile, Hotelzimmer und sogar Liebesgeschichten und Kinoräume.“ Schon diese Zeilen lassen vermuten, dass Bilals moderne Strategie auf Momenten der Zusammenführung an sich widersprüchlicher Elemente fußt, auf der Gleichzeitigkeit des an sich Ungleichzeitigen. Inhaltlich wie auch formal ist seine Trilogie ein rasantes Verwirrspiel, ein Ausdruck phantastischen Erzählens ohne die aufgerufenen Konventionen einfach nur einzulösen.

4.

Im Zentrum der drei zwischen 1980 und 1992 erschienenen komplexen Teilbände steht die symbiotische Verbindung

Bilal, Enki (2018):
Alexander Nikopol
© Casterman



zwischen dem titelpendenden Protagonisten Alexander Nikopol und dem altägyptischen Gott Horus, die wenig zufällig auch elf Jahre währt. Zu Beginn, in der angenommenen Zukunft von 2023, landen (im wortwörtlichen Sinne) sowohl Nikopol als auch Horus in einem faschistisch regierten Paris, einem männerdominierten Stadtstaat. Die Exposition der Trilogie lässt sich dabei als Moment des Strandens fassbar machen: Die ägyptischen Götter schweben in ihrem pyramidenförmigen Raumschiff über der Metropole und verhandeln mit Diktator Weißkohl über Treibstoff, den sie dringend benötigen – und tragen gleichzeitig auch interne Machtkonflikte aus. Horus, aufgrund seiner gescheiterten Ambitionen auf der Flucht vor Anubis und den anderen Deitäten, begegnet wiederum Alexander, der nach einem strafweisen dreißigjährigen Kälteschlaf in einer völlig veränderten Gegenwart wieder zu sich kommt. Horus rettet Alexander und schlüpft in seinen Körper, ausgerechnet in der stillgelegten Pariser Metro findet diese eigenwillige Symbiose ihren nicht ganz freiwilligen Beginn. Nikopol, der mit dem Tod seiner Geliebten und dem Umstand, einen mittlerweile gleichaltrigen, zum Verwechseln ähnlich sehenden Sohn zu haben, konfrontiert ist, wird vom Vehikel des ruchlosen Gottes nach und nach zu seinem Partner: Gemeinsam unterlaufen sie die Wiederwahl des Diktators und übernehmen kurzerhand die Macht.

Horus erweist sich dabei trotz seiner vielen charakterlichen Mängel als moderner und offener als die Gesellschaft, die Bilal entwirft, etwa auch in Bezug auf Geschlechterrollen. Die von Horus und Nikopol ausgelöste Revolution bringt

beispielsweise in einem ersten Schritt die Befreiung der Frauen mit sich, die unter Weißkohl als „Gebärerinnen“ in unterirdischen Sanatorien gehalten worden waren – ein Aspekt, der wohl nach einer eigenen Untersuchung verlangen würde. *Die Geschäfte des Unsterblichen*, so der Titel des ersten Teils, erzählen darüber hinaus aber auch von Medien und Propaganda, von Gewaltbereitschaft und Segregation. Demokratie ist zu einer Farce verkommen, zur Maske einer Diktatur – der aber wiederum, so Bilals düsterer Ausblick, nur mehr eine weitere folgen kann. Dass die politischen Umwälzungen, die Bilal bildstark und unter Integration von unterschiedlichsten Zeitungsausschnitten ausgestaltet, kein glückliches Ende finden können, ist dabei nur konsequent: Horus wird gefangen genommen, Nikopol in eine Anstalt eingewiesen, sein Sohn als Marionette der neu etablierten, sogenannten „Räterepublik“ missbraucht.

5.

Wenn *Die Frau der Zukunft* zwei Jahre später einsetzt, ist die erzählte Welt nicht unbedingt eine bessere geworden. Jill Biscop, Journalistin mit sprechendem Namen, berichtet mittels eines „Script Walkers“, einer Form von Telex, in die Vergangenheit von 1993. Diese kurzen Prosapoeme finden sich als beigelegtes Faltblatt in der vorliegenden Edition; Jills Depeschen aus einer möglichen Zukunft erweitern dabei textlich bzw. objekthaft aber nicht nur Bilals Comic als Erzählangebot, sie bieten damit zugleich auch ein prinzipielles Lektüre- und Verständnisangebot für die gesamte Trilogie. In einer Wirklichkeit unablässig miteinander konkurrierender Machtblöcke entspinnt sich ihre tragische Geschichte, inklusive romantischer Beziehung zu einem lichtempfindlichen Alien, somit vor einem von Verunsicherung und Zerstörung geprägten Hintergrund, einem visuell ausgestalteten Echo des realen Kalten Krieges: Ihr Weg führt sie von London nach Berlin, wo sie über die Rückkehr der Mission „Europa I“ eine Reportage verfassen will.

Jill ist – mit der Signalfarbe ihrer blauen Haare und den sich auf ihrer Rechten ausbreitenden, blutroten Spuren einer Gewalttat – eine weitere Figur am Rande des Entgleisens, die perfekte Ergänzung zu Horus und Nikopol. Die Konstante der Berichterstattung, die durch Jill eine Form von Personifizierung erfährt, trägt dabei richtigerweise aber eher zur weiteren Verrätselung der symbolisch stark aufgeladenen Wirklichkeit denn zu ihrer Aufklärung bei – das ungleiche Trio tritt, das Chaos der Alten Welt als auch ihrer individuellen Schick-



Bilal, Enki (2018): Alexander Nikopol © Casterman

sale zumindest vorerst hinter sich lassend, die Flucht nach Kairo an. Nikopol und Horus, beide auf ihre Weise Einzelgänger in einer fremd gewordenen Wirklichkeit, finden zu einer neuen Einigung, die auch Jill Bioscop miteinschließt.

6.

Mit *Äquatorkälte* kommt Bilals Trilogie an ihr Ende: Nikopol jr., diskreditiert und ebenfalls die Wirren der politischen Kämpfe hinter sich lassend, sucht nach seinem Vater, der unter dem anagrammatischen Namen Loopkin in Zentralafrika untergetaucht ist. Mediale Spur dieser fortgesetzten Schnittzeljagd ohne wirkliches Ziel ist ein unfertiger Biopic über Alexander und Jill, ein gezeichneter Filmstreifen begleitet als Taktgeber die Panels der Reise nach „Äquator City“. Im Zug begegnet Nikopol jr. der Genetikerin Jelena, die wenig zufällig über Jill und deren Schwangerschaft Nachforschungen anstellt – freilich erneut ohne Erfolg zu haben. Die vielen Facetten des dritten Teils formieren sich zu einer Beschreibung verschlimmerter Zustände, einer Verschärfung des gesamten Settings: So jagen somalische Piraten in schweren Jagdflugzeugen ihre Beute, reisen Raubtiere im Zug durch einen klimatisch belasteten Kontinent oder trennt eine korrupte Gesellschaft soziale Klassen nach Gesundheitszuständen. Der Zustand der permanenten Unruhe, der die *dramatis personae* von Bilals Werk so grausam prägt, wird durch das Wiederauftauchen und den dramaturgisch wohl unvermeidlichen Absturz der fliegenden Pyramide erzählerisch vervollständigt.

In Bilals Entwurf des künftigen Kairo finden und trennen sich die Wege erneut gestrandeter Götter mit Weltherr-

schaftsplänen und verwechselter Generationen ohne große Perspektiven: Nikopol jr. wird irrtümlich anstelle seines Vaters entführt und in Kälteschlaf versetzt; Jills Sohn, eine flirrende, undeutliche Gestalt, die gleichermaßen Züge von Horus als auch von Nikopol aufweist, steht emblematisch über dem Auserzählen der Geschichten. Die Leben der Figuren werden, nicht zuletzt bedingt durch medikamentöses Vergessen, in letzter Konsequenz ohneeinander sein. Auch wenn die Option auf einen weiteren Zyklus angelegt ist, das Ende der Trilogie mehr ein Öffnen denn ein klassisches Abschließen ist, bleibt die verbildlichte Konstante aus Einsamkeit und Existenz spürbar. Mit Jills an Nikopol gerichteten Verabschiedung „Die Illusion, sie kennengelernt zu haben, war schön ...“ reicht Bilal ein Motto für seine Trilogie nach, die bei allen narrativen Verwicklungen vor allem auf Atmosphäre, auf tableauhafte Darstellungen und das Befragen der Paradigmen grafischen Erzählens setzt. Zwischen kühler Schönheit und unvermindertem Schrecken siedelt Enki Bilal seine sprunghafte Auseinandersetzung mit Fiktion und Fakt an, die die Verbindungen von Medien, Gewalt und Politik, von Identität, Ökologie und Zusammenleben wie beiläufig mitverhandelt. In seiner Trilogie rund um Horus und Alcide Nikolopol, so der Vorname des Protagonisten im französischen Original, belebt er nicht nur altägyptische und altgriechische Mythen neu; er bemüht sich auf einer größeren Ebene um eine Darstellung von und Kritik an Gegenwart, die nichts von ihrer Intensität eingebüßt hat.

7.

Hier gilt es deshalb eine zentrale Frage zu wiederholen: Diskutieren wir bereits, was die Künste leisten können – oder reden wir immer noch darüber, was sie, im Sinne einer zähmenden Indienstnahme, zu leisten haben? Man verharret, so ist zu befürchten, bei der Option des (Wahr-)Sprechens der Künste, insbesondere der Literatur, zumeist im Bezirk des Wirklichen. Was aber ist mit dem Möglichen, mit dem (vermeintlich) Unmöglichen? Die aktuellen Verhandlungsstrategien der veränderten gesamtgesellschaftlichen Bedingungen in den Kunstwerken und den sie begleitenden kritischen Paralleldiskursen ist wohlbelegt; es gibt relevante, über das Kunstfeld hinaus wirksame, freimütige künstlerische Erwidern in Bezug auf unsere Wirklichkeit. Mit der von Michel Foucault und auch von Jacques Derrida wieder stark gemachten Figur der *parrhesia* wird die Form ungeschützter, riskanter Sprache der Offenheit an ein Subjekt gekoppelt, das diesen Weg einschlagen kann (oder eben auch nicht). Zwischen

ENKI BILAL
ALEXANDER NIKOPOL
 Hamburg: Carlsen Verlag
 ISBN: 978-3-551-73878-3
 Erscheinungstermin:
 Oktober 2018



Erzählimperativ und Fiktionsbedürfnis siedelt die Sagbarkeit. Die einzugestehende aristotelische Schlagseite dieser Ausführungen einrechnerd, erscheint es eine unbedingte Notwendigkeit, die Kategorie der Imagination wieder verstärkt in den gesamtgesellschaftlichen Kreislauf hinzutreten zu lassen: Beispielsweise in der von Constantin Castoriadis beschriebenen wechselseitigen Formung von Individuum und Gemeinschaft bzw. Gesellschaft wird ein Imaginäres angesetzt, das Voraussetzung und Mitbedingung für das Entstehen bzw. den Bestand ebendieser Gesellschaft darstellt. 🍷

THOMAS BALLHAUSEN

lebt als Autor, Kulturwissenschaftler und Archivar in Wien und Salzburg.
 Er ist international als Herausgeber, Vortragender und Kurator tätig.
 Jüngste Publikation: „Das Mädchen Parzival“ (Limbus Verlag 2019).

Literatur

- Agamben, Giorgio (2017): Die Erzählung und das Feuer, Frankfurt am Main: Fischer.
 Alison, Jane (2019): Meander, Spiral, Explode. Design and Pattern in Narrative, New York: Catapult.
 Ballhausen, Thomas (2015): Signaturen der Erinnerung. Über die Arbeit am Archiv, Wien: Edition Atelier.
 Barberi, Alessandro (2000): Clio verwunde(r)t. Hayden White, Carlo Ginzburg und das Sprachproblem der Geschichte, Wien: Turia + Kant.
 Bilal, Enki (2018): Alexander Nikopol, Hamburg: Carlsen.
 Blumenberg, Hans (1997): Schiffbruch mit Zuschauer. Paradigma einer Daseinsmetapher, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 Calvino, Italo (2012): Sechs Vorschläge für das nächste Jahrtausend, Harvard Vorlesungen, Frankfurt am Main: Fischer.
 Canetti, Elias (2011): Masse und Macht, München: Carl Hanser.
 Castoriadis, Constantin (1990): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
 Dath, Dietmar (2019): Niegeschichte. Science Fiction als Kunst- und Denkmaschine, Berlin: Matthes & Seitz.
 Derrida, Jacques (2015): Diese seltsame Institution genannt Literatur, Berlin: Brinkmann & Bose.
 Fisher, Mark (2018): k-punk. The Collected and Unpublished Writings of Mark Fisher (2004–2016). Edited by Darren Ambrose. Foreword by Simon Reynolds, London: Repeater.
 Fössel, Michael (2019): Nach dem Ende der Welt. Kritik der apokalyptischen Vernunft, Wien: Turia + Kant.
 Foucault, Michel (2012): Die Regierung des Selbst und der anderen. Vorlesungen am Collège de France 1982/83, Berlin: Suhrkamp.
 Foucault, Michel (2012): Der Mut zur Wahrheit. Die Regierung des Selbst und der anderen II. Vorlesungen am Collège de France 1983/84, Berlin: Suhrkamp.
 Foucault, Michel (2014): Die Regierung der Lebenden. Vorlesungen am Collège de France 1979/1980, Berlin: Suhrkamp.
 Werckmeister, Otto K. (1989): Zitadellenkultur. Die schöne Kunst des Untergangs in der Kultur der achtziger Jahre, München: Carl Hanser.



RED CARPET ART AWARD

INTERNATIONAL PROMOTION OF YOUNG ART

Die Maßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 treffen die heimische Kunstszene besonders hart. Der in Wien 2009 gegründete Verein *Red Carpet Art Award* widmet sich der langfristigen Förderung junger Künstler*innen mittels gezielter PR- und Marketingkampagnen, um diesen ein hohes Maß an öffentlicher Wahrnehmung zu verschaffen.

Einen besonderen Schwerpunkt innerhalb der Maßnahmen zur Stärkung der österreichischen Kunstszene setzt *Red Carpet Art Award* mit dem neu gegründeten Arbeits- und Ausstellungsort Atelierhof Schlingermarkt in Floridsdorf. Dabei handelt es sich um drei Ateliers für bis zu vier Künstler*innen, welche in dieser Ausgabe vorgestellt werden. Darüber hinaus errichtet der RCAA im Schlingermarkt einen weiteren Kunst- und Kommunikationsknotenpunkt in Form eines 280 m² großen Raumes, dessen Programm von den acht dort schaffenden Künstler*innen erstellt wird.

Eines der fünf Haupttätigkeitsfelder von *Red Carpet Art Award* stellen die Showrooms im Wiener U-Bahnnetz dar. Dabei handelt es sich um Ausstellungsräume an verschiedenen Orten in Wien (Karlsplatz, Volkstheater, Altes Landgut und Schottentor). Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Wahrnehmung junger Kunst im Wiener Stadtbild und erreichen in der Woche zwischen 70.000 und 350.000 Passant*innen. Während des Lockdowns war und ist es der Einzige für die Öffentlichkeit zugängliche Kulturbetrieb in Österreich!

Auch mit der 2012 gestarteten Initiative *Healthcare* hat *Red Carpet Art Award* begonnen junge Kunst in die größten Krankenhäuser des Landes zu bringen. Die Platzierung von Kunstwerken in den Wartebereichen diverser Ambulanzen, Notaufnahmen, Onkologien und Geriatriebereichen dient den Patient*innen und deren Begleitpersonen, Besucher*innen sowie dem Personal der Häuser.

Der *Future Award* hat wiederum die Aufgabe unter den Schüler*innen Wiens die Lust an höherer Bildung, Kunst und Kultur, aber vor allem der freien Meinungsäußerung zu verstärken. Mittels großer öffentlicher Aufmerksamkeit, finanzieller Anerkennung ihrer Leistung und der Schaffung einer Wettbewerbssituation zwischen den Schulen und den einzelnen Schulstufen wird ein Spannungsfeld geschaffen, in dem die Meinungen der Schüler*innen auf analogem und digitalem Wege Gehör finden sollen.

Der in Wien gegründete Kunstpreis *Red Carpet Art Award* feierte 2019 sein 10-jähriges Jubiläum. Er widmet sich der langfristigen Förderung junger Künstler*innen mittels gezielter PR- und Marketingkampagnen, um diesen ein hohes Maß an öffentlicher Wahrnehmung zu verschaffen. Darüber hinaus werden Arbeiten der Künstler*innen in die eigene Sammlung angekauft und an diverse private Sammlungen vermittelt.



Ausstellungsansicht Michaela Putz
© Eva Kelety



Ausstellungsansicht Michaela Putz
© Sonja Duernberger

RED CARPET ART AWARD



Die Bildungsorganisation der digitalen Zukunft angesichts der COVID-19-Krise

Das Beispiel der Wiener Bildungsakademie

Die ZUKUNFT hat **MARCUS SCHOBER**, den Direktor der Wiener Bildungsakademie, darum gebeten, seine Erfahrungen mit der Digitalisierung angesichts der COVID-19-Krise zusammenzufassen. Mit seinen Ausführungen wird deutlich, dass aus medialer Sicht die entscheidenden Maßnahmen erst durch die Krise gesetzt wurden und wir uns alle auf dem Weg in eine digitale ZUKUNFT befinden ...

I. EINLEITUNG

Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ist untrennbar mit dem Begriff der Bildung verbunden. Denn mit der Entwicklung der ersten Arbeiter*innenbildungsvereine und weiterer Nachfolgeorganisationen vor über 130 Jahren konstituierte sich die österreichische Arbeiter*innenklasse noch vor dem Gründungsprogramm von Hainfeld (1888/1898) von Beginn an als (analoge) Bildungsbewegung. Viele Ideen und Visionen, die schlussendlich zum Erfolg des Roten Wien und des Austromarxismus geführt haben, wurden bereits im 19. Jahrhundert in diesen Vereinen und später in neu gegründeten Parteistrukturen diskutiert, entwickelt und schlussendlich politisch umgesetzt. Dabei ging es von Beginn an darum, die bürgerliche und die proletarische Bildung anzunähern, um allen Menschen ein egalitäres Bildungsniveau zu garantieren. In der Folge waren es Denker*innen der sozialdemokratischen Partei, etwa Rosa Jochmann oder Max Adler, die besonders unter den beiden Faschismen der 1930er und 1940er Jahre gelitten haben. Einige von ihnen, wie beispielsweise Robert Danneberg, Gründungssekretär der Sozialistischen Bildungszentrale, haben diese Zeit nicht überlebt.

Überlebt hat aber das politische Erbe und damit auch der Bildungsgehalt der Arbeiter*innenbewegung, die gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgreich weitergeführt wurden. Davon zeugen die Errichtung einer neuen Bildungs-

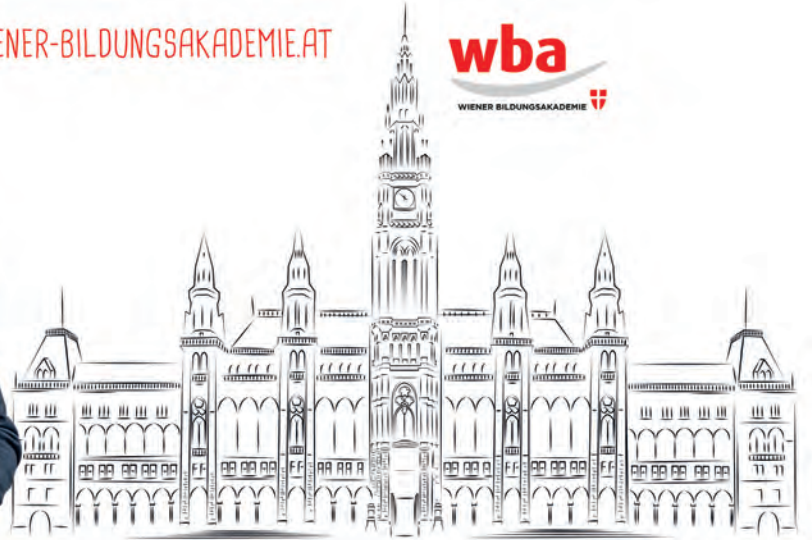
organisation, die Neugründung einer Parteischule sowie die Entwicklung von zahlreichen neuen Ausbildungsmethoden. Die Wiener spö-Bildung verfügt nach wie vor über zahlreiche Beispiele der politischen Kommunikation aus diesen Jahrzehnten, die beeindruckend belegen, wie fortschrittlich diese Vorgänger*innen waren. Hätten sie über ähnliche technologische Möglichkeiten verfügt, die heute angesichts der COVID-19-Krise und angesichts aktueller Produktionsbedingungen vor Augen stehen, hätte sie wohl nichts mehr aufhalten können.

II. MEDIENGESCHICHTE(N)

Vor *home pages* und *social media* gab es im Rahmen der proletarischen Bildungsbewegung zahlreiche Druckwerke und Publikationen (Bücher, Broschüren, Zeitungen etc.) sowie die Einführung von Fernlehrgängen, die eben nicht in der digitalen Onlinewelt stattfanden, sondern mithilfe von analogen Ordnern umgesetzt wurden, die postalisch verschickt wurden. Statt Webinaren waren die Menschen noch in den 1970er und 1980er Jahren auf Tonaufzeichnungen (Langspielplatten und Kassetten) sowie zahlreiche Videoaufzeichnungen auf *Super 2000* oder *VHS* angewiesen. Mit Beginn der 1990er Jahre öffnete sich die Wiener Bildungsorganisation nach außen hin, wodurch zahlreiche Symposien und Gedenkveranstaltungen entwickelt und neue Zielgruppen angesprochen wurden.



WWW.WIENER-BILDUNGSAKADEMIE.AT



Auftritt der Digitalen Wiener Bildungsakademie

© wba

Vorerst wurde dabei auf eigene Plattformen im Internet verzichtet, vielmehr wurden eher spärliche Informationen über die damalige Homepage der SPÖ Wien veröffentlicht.

Zu diesem Zeitpunkt war die Frage der digitalen Präsenz in den Medien dem Bildungssekretär der SPÖ Wien, Michael Ludwig, bereits ein großes Anliegen, weshalb eine Neuausrichtung der Bildungsarbeit unternommen wurde. Die Angebote und die Kommunikation der Wiener SPÖ-Bildung sollten auf neue „digitale Beine“ gestellt werden. Seit Juli 2005 war es eine maßgebliche Aufgabe, diese neue Homepage, welche nun gut programmiert worden war, mit Leben und Inhalten zu befüllen.

Viele Jahre lang konnten dann die bildungspolitischen Angebote im Rahmen dieser medialen Infrastruktur beworben und inhaltlich Informationen weitergeleitet werden. Es gab zur damaligen Zeit sehr innovative Projekte wie das von der SPÖ Wien mitentwickelte *Campa* – eine interne Austauschplattform im Stil von *Facebook* – und einige mehr ... alle im Grunde Vorstufen der heutigen *social media*. Das Hauptschwergewicht im Ausbildungsbereich lag zu diesem Zeitpunkt auf der Vermittlung von Internetkompetenzen sowie der Durchführung von Seminaren zum Thema „Wie erstelle ich meine erste Homepage?“, welche die Medienkompetenz der Teilnehmer*innen auf einfachster Ebene erhöhen sollten. Es gab in diesem Bereich hohen Nachholbedarf, welcher mit zahlreichen Angeboten abgedeckt werden sollte. Im Februar 2007 übernahm der Autor dieses Beitrags dann die Funktion des Bildungssekretärs der Wiener SPÖ-Bildung, wobei digitale Überlegungen und Visionen einen zentralen Stellenwert bekamen. Denn es wurde immer deutlicher, wie schnell sich unsere Gesellschaft durch technologische Errungenschaften vor neue Herausforderungen gestellt sah.

III. BILDUNGSPOLITIK ZWISCHEN DIGITALEM ANGEBOT UND NACHFRAGE

Ab 2009 kam *Facebook* ins Spiel, im selben Jahr produzierte die Wiener Bildungsakademie ihre ersten *YouTube*-Filme, erstellte neue Homepages und versuchte sich in der besseren Bewerbung ihrer analogen Angebote mit digitalen Möglichkeiten. Kurz gesagt: E-Mail, Newsletter und einige Werbe- und Ankündigungsfilm, welche eher unregelmäßig produziert wurden, waren hier der Stand der Dinge. Rückblickend gesehen, lag das inhaltliche Schwergewicht auf der Entwicklung neuer Bildungsangebote. Die Umgestaltung der Parteischule, die Schaffung neuer medienpezifischer Lehrgänge wie „Politik und Journalismus“, „Fotografie und Politik“ oder die Mitentwicklung des FH-Lehrgangs „Führung, Politik und Management“ standen so im Mittelpunkt.

Mit der Gründung der Wiener Bildungsakademie (<https://wienerbildungsakademie.org/>) im Jahr 2016 war in der Folge allen Beteiligten bewusst, dass diese politisch ausgerichtete Bildungsinstitution von nun an vermehrt auf die digitale Zukunft hin orientiert werden muss. Die gesetzten Schritte waren klein aber durchwegs bedacht. So haben alle Beteiligten damit begonnen, zahlreiche Veranstaltung des Wiener Bildungszentrums auf Facebook zu streamen, eine neue Homepage mit zahlreichen Möglichkeiten wurde umgesetzt und auf die Bildsprache in digitalen Räumen wurde mehr und mehr Wert gelegt. So konnten auch ab 2018 Angebote zu den Bereichen „Digitalisierung und Politik“ sowie „Digitales Führen“ entwickelt werden, was auch heute noch darauf hinweist, dass die geänderten Produktionsbedingungen langsam, aber



Digitale Veranstaltung der Wiener Bildungsakademie

© wba

doch, reflektiert wurden. Die (bildungspolitische) Nachfrage nach diesen Angeboten war bis ins Frühjahr 2020 aber eher dürftig.

IV. COVID-19 UND DIE DIGITALISIERUNG

Am 13. März 2020 setzte dann die COVID-19-Krise ein und alle bisherigen Konzepte der Wiener Bildungsakademie waren von einem auf den anderen Tag hinfällig. Denn das gesamte Bildungsangebot war zur Gänze auf analoge Veranstaltungen ausgerichtet. Kurze Verzweiflung machte sich in der Wiener Bildungsakademie breit, doch konnte ab dem 15. März 2020 die gesamte Akademie auf digitale Beine gestellt werden. Dadurch, dass alle beteiligten Institutionen bis dahin einen großen Bogen um Themen wie Digitalisierung, *social media* oder *distance learning* gemacht haben, mussten schnelle Entscheidungen getroffen werden, um das gesamte Programm zu „digitalisieren“.

In den darauffolgenden Wochen musste das Team der Wiener Bildungsakademie – wie wohl viele andere Menschen und Institutionen im globalen Maßstab – die breite Palette an Videokonferenzsystemen kennenlernen und austesten. Ausgehend von der vorhandenen Infrastruktur (das Bildungszentrum der Wiener Bildungsakademie läuft auf Windows-Rechnern) und lizenzrechtlichen Vorteilen fiel die Entscheidung dann auf *Microsoft Teams* als Basis für das sich langsam aufbauende Onlineangebot. *MS Teams* bietet u. a. mit seinen hohen Sicherheitsvorkehrungen eine gute Infrastruktur für den (in-

ternen und externen) Seminarbetrieb der Bildungsakademie.

Die ersten Tage waren absolutes Neuland für die gesamte Akademie: registrieren, anmelden, verbinden und dann die wichtigste Medienkompetenzfrage per Handy: Wie können wir eigentlich das Mikrofon einschalten? Es waren echte Pioniertage, da jedes auftauchende Problem die Institution um einen Schritt weitergebracht hat. Das erste Webinar fand dann am Dienstag, den 16. März, um 18.00 Uhr statt, ein (interner) Abend der Wiener Parteischule. Noch in derselben Woche fiel die Entscheidung, angesichts der COVID-19-Krise im Zweiwochenrhythmus digitale Veranstaltungen zu wichtigen Themen anzubieten. Zu diesem Zeitpunkt konnte noch niemand wissen, wie lange diese Phase des *home office* wirklich dauern würde. So ist auch angesichts des zweiten Lockdowns gegenwärtig nicht klar, wann und wie analoge Veranstaltungen erneut stattfinden können.

Ganz klar erkennbar war aber in diesen ersten digitalen Tagen und Wochen – auch angesichts der politischen Konkurrenz – dass sehr viele Menschen und Institutionen rasch auf diese neue Situation reagiert haben. Es war allen Beteiligten bewusst, dass sie sich in dieser digitalen Fülle an Angeboten erkennbar machen müssen. Dabei fand die Wiener Bildungsakademie vor allem drei Ansatzpunkte, um in den Herausforderungen der Krise digital zu bestehen:


1. wurde eine sehr schlichte und einfache *corporate identity* für alle digitalen Angebote entwickelt, die gerade in den ersten Wochen sehr auffällig war,

2. wurden auch konkurrierende Angebote analysiert, wobei im unmittelbaren Umfeld eine Lücke der digitalen Möglichkeiten entdeckt wurde: Webinare rund um den Globus. So ist es gelungen, Diskussionen live aus den USA, China, Südamerika, Afrika und selbstverständlich aus sehr vielen europäischen Ländern zu ermöglichen, und

3. war es von Beginn an wichtig, sich technologisch stetig weiterzuentwickeln. Anfänglich ging es vor allem um Hardware (Kameras, Mikrofone und Co.), ab der Hälfte der Corona-Krise nur mehr um Software. Entscheidend ist dabei, neue Möglichkeiten bei der Vermittlung von digitalen Angeboten aufzuzeigen.

Mit *Open Broadcaster Software* (OBS) und Co. konnten in der Folge die Übertragungsmöglichkeiten enorm erhöht werden. Die Einrichtung eines neuen Studios im Bildungszentrum ist abgeschlossen und die Vorteile einer neuen 180-Grad-Kamera warten derzeit auf ihre Entdeckung ...

V. CONCLUSIO: EIN BLICK IN DIE DIGITALE ZUKUNFT ...

Bei allen offenen Fragen geht es daher auch künftig darum, im Rahmen einer aktiven Bildungsinstitution die Grundlage dafür zu schaffen, Medienkompetenz in allen Facetten (Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung) zu begreifen und den User*innen digitaler Angebote zu vermitteln. Wohin die digitale Reise führen wird, ist dabei keineswegs ausgemacht. Sicher aber ist, dass es auch angesichts des *digital divide* und im Rahmen des zweiten Lockdowns darum geht, niemanden zurückzulassen und im Sinne der Mediensynchronie – und der Arbeiter*innenbewegung – sowohl analog als auch digital beweglich zu sein. Dabei sind Themen wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität genauso bindend wie Gendersensibilität, Barrierefreiheit oder Internationalismus. So ist derzeit – nach dem Vorbild von Steven Spielbergs *Shoah Foundation* – ein Projekt in Planung, bei dem ältere *Mitstreiterinnen und Mitstreiter* der Arbeiterinnen*bewegung interviewt, transkribiert und dann im Rahmen eines digitalen Archivs auch online präsentiert werden sollen. Analoge Publikationen sollten dabei sukzessive durch digitale (etwa Lehrfilme) erweitert werden, um eine moderne Bildungsakademie wirklich werden zu lassen. Alles in allem befindet sich auch das politische System Österreichs gerade angesichts des zweiten Lockdowns wahrlich auf dem Weg in eine herausfordernde digitale ZUKUNFT. 

MARCUS SCHOBER

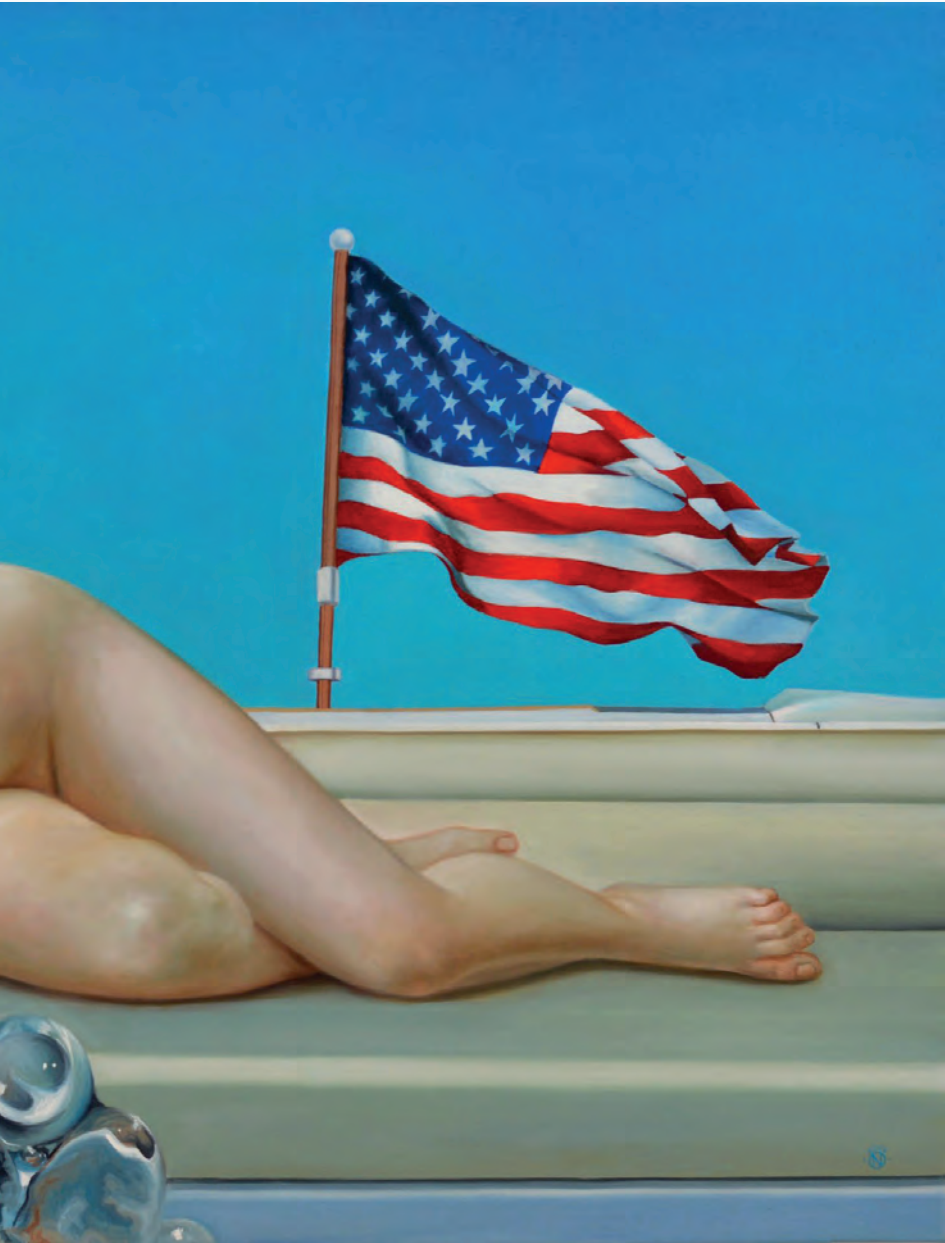
ist Gemeinderat, Direktor der Wiener Bildungsakademie und in der SPÖ Landstraße aktiv.

Dieser Text erschien in einer älteren Version zuerst in MEDIENIMPULSE 02/2020 und ist als solcher auch online verfügbar: <https://tinyurl.com/y6bxmada> (letzter Zugriff: 20.10.2020)



Naomi Devil, Venus First
Arcyl auf Leinwand, 90 x 140 cm, 2020

RED CARPET ART AWARD





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____ Unterschrift: _____